

VORAN

Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der
SAUV
Sozialistische Alternative

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

VORAN Nr. 204 April 1999

NATO raus aus dem Balkan

Vor den NATO-Angriffen wurde Belgrad zum letzten Mal am 6. April 1941 von deutschem Militär bombardiert, um die Großmachtinteressen Deutschlands durchzusetzen. Heute wird Jugoslawien bombardiert, um die Interessen der reichen und mächtigen Staaten der Welt, allen voran die der USA und Deutschlands, durchzusetzen.

Viado Bacic, Köln

Auch wenn Schröder überhaupt, die „Militäraktion richtet sich nicht gegen das serbische Volk“, so sind es die einfachen Menschen in Jugo-

slawien, die seit Jahren unter dem Wirtschaftsbarago zu leiden haben und jetzt im Bombenhagel geötet werden.

Wenn es Schröder oder Clinton um Menschenrechte gehen würde, dann müßten sie gegen die Türkei vorgehen, die einen brutalen Krieg gegen das kurdische Volk führt. Stattdessen beliebt die rot-grüne Bundesregierung die Türkei weiter mit Waffen. Sie müßten gegen Indonesien, China und viele anderen Wirtschaftspartner vorgehen, aber das würde ja auf Kosten der Konzernprofite gehen. Wenn sie Flüchtlingsströme vermeiden wollen, hätten

sie 1995 gegen Kroatien vorgehen müssen, das über 150.000 Serben aus ihren Wohngebieten in der Provinz Krajina vertrieben hat. Aber Kroatien ist willfähiger Wirtschaftspartner Deutschlands. Deutschland müßte die Flüchtlinge aus dem Kosovo aufnehmen und als Bürgerkriegsflüchtlinge anerkennen, stattdessen werden Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien abgeschoben. Tatsache ist: Die NATO-Angriffe haben die humanitäre Katastrophe nicht verhindert sondern vergrößert. Seit Beginn der Bombardierung fliehen die Menschen im Kosovo weiterhin vor den Einheiten Milosevics und jetzt auch vor den Bomben der NATO.

Heuchelei!

Das Gerede von Clinton und Schröder, es ginge bei diesem Krieg um Menschenrechte und darum, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, ist Lüge und Heuchelei. Zehn Jahr lang haben sich die Kriegstreiber der NATO nicht um die Entrechtung und Unterdrückung der albanischen Bevölkerung im Kosovo gekümmert. Als 1995 mit dem Abkommen von Dayton der Krieg in Bosnien beendet wurde, sprach niemand von den Menschenrechtsverletzungen im Kosovo und Milosevic galt als Friedensstifter, weil er die (noch) nationalistischen Kräfte unter den bosnischen Serben zur Annahme des Vertrages von Dayton drängte. Erst als die Lage im Kosovo zu eskalieren drohte, weil die UCK (Kosovo Befreiungsarmee) den bewaffneten Kampf verstärkte, Zulauf aus der Bevölkerung erhielt und die Forderung nach einem unabhängi-

gen Kosovo auf die Tagesordnung setzte, griff der Westen ein. Nicht, um die demokratischen Rechte der Kosovo-AlbanerInnen zu verteidigen, sondern gerade, um sie zu beschneiden. Das Ziel der NATO sind stabile Machtverhältnisse in ihrem Interesse auf dem Balkan. Deshalb will sie unter allen Umständen verhindern, daß es zu einer Trennung des Kosovo von Jugoslawien kommt, denn dies könnte die Unabhängigkeitsbestrebungen in anderen Balkanstaaten stärken und würde den Grenzverlauf in der ganzen Region in Frage stellen. Die NATO-Länder sagen offen, daß sie in diesem Punkt mit Milosevic immer einer Meinung waren.

Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung im Kosovo hieße, die Menschen frei und unabhängig von Belgrad, Washington oder Bonn entscheiden zu lassen, ob sie zum Beispiel Teil Jugoslawiens bleiben wollen, einen unabhängigen Staat bilden wollen oder sich Albanien anschließen wollen. Doch gerade das will die NATO verhindern. Sie will Kosovo die Unabhängigkeit verweigern und das durch die Stationierung von 18.000 Nato-Soldaten durchsetzen. Ziel des Westens ist es, den Balkan unter seine Kontrolle zu bringen, den Kosovo zu einem NATO-Protektorat zu machen. Deutsche Soldaten wurden im benachbarten Mazedonien stationiert, angeblich zum Schutz der OSZE-Beobachter im Kosovo. Die OSZE-Beobachter sind dort abgezogen, aber die Soldaten bleiben trotz Protesten der mazedonischen Bevölkerung vor Ort.

Die Bundesregierung und die NATO verteidigen nicht die Menschenrechte sondern ihre eigenen Machtinteressen. Der

Angelicht geht es NATO und Bundesregierung um den Schutz der Menschen im Kosovo, um die Vermeidung einer humanitären Katastrophe.

Koalition der Heuchler

Tatsache ist aber: Auch 1998 wurden albanische Flüchtlinge aus Deutschland in den Kosovo abgeschoben.

Für Kosovo-Flüchtlinge will die EU vier Millionen DM bereitstellen. Zum Vergleich: Ein Marschflugkörper kostet zwei Millionen DM, allein in der ersten Angriffsnacht wurden von der NATO 100 dieser fliegenden Bomben für 200 Millionen DM gegen Jugoslawien eingesetzt.

Nach Schweizer Schätzungen läute korrekter Weise der NATO-Militäraktion 1,8 Milliarden DM (1800 Millionen DM).

Die Bomben der NATO zerstören auch Häuser und zivile Einrichtungen im Kosovo.

Auch der Giftkrieg, das Wirtschaftsembargo und mehrere Bombardierungen

gegen den Irak wurde angeblich für „Frieden, Freiheit und Menschenrechte“ geführt. Heute, acht Jahre später, ist Saddam Hussein immer noch an der Macht und das Volk leidet.

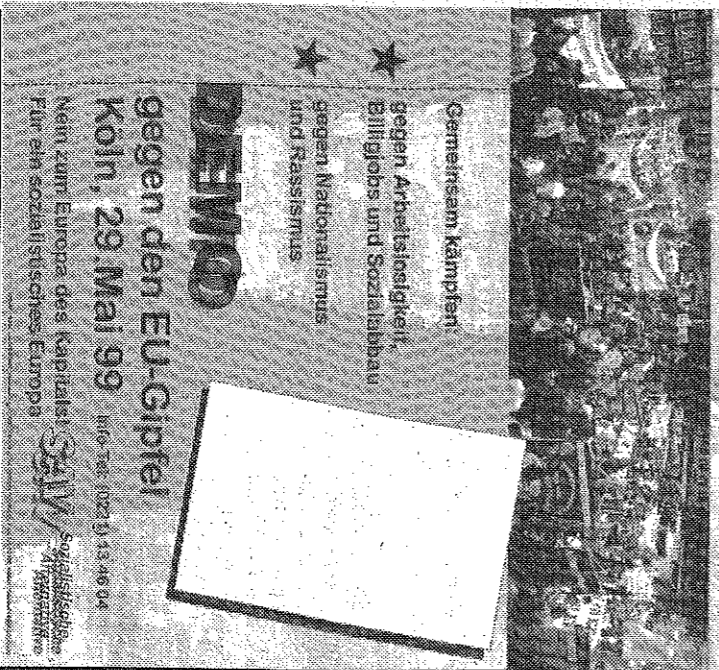
Das NATO-Mitglied Türkei organisiert weiter seine eigene „humanitäre Katastrophe“ gegen die Kurden und wird mit Erlaubnis der rot-grünen Bundesregierung weiter mit deutschen Waffen beliefert.

Die NATO-Staaten USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Italien und Spanien exportierten 1997 Waffen für umgerechnet 34 Milliarden (34.000 Millionen) DM.

Während die Bombardierung gegen Jugoslawien mit den Verbrechen von Milosevic begründet werden, entschied zeitgleich das oberste Gericht des NATO-Landes Großbritannien, daß der Diktator Pinochet für alle von ihm in den Jahren 1973 bis 1988 begangenen Folterverbrechen nicht belangt werden könne.

gen Kosovo auf die Tagesordnung setzte, griff der Westen ein. Nicht, um die demokratischen Rechte der Kosovo-AlbanerInnen zu verteidigen, sondern gerade, um sie zu beschneiden. Das Ziel der NATO sind stabile Machtverhältnisse in ihrem Interesse auf dem Balkan. Deshalb will sie unter allen Umständen verhindern, daß es zu einer Trennung des Kosovo von Jugoslawien kommt, denn dies könnte die Unabhängigkeitsbestrebungen in anderen Balkanstaaten stärken und würde den Grenzverlauf in der ganzen Region in Frage stellen. Die NATO-Länder sagen offen, daß sie in diesem Punkt mit Milosevic immer einer Meinung waren.

International gegen die Diktatur der Banken und Konzerne



Gemeinsam kämpfen
gegen Arbeitslosigkeit,
Billiglöhns und Sozialabbau
gegen Nationalismus
und Rassismus

gegen den EU-Gipfel

Köln, 29. Mai 99

Nein zum Europa des Kapitals!
Für ein soziales Europa

Info: Tel. (0221) 413 46 04
Sozialistische
Bewegungen

**Bittere Medizin für
Krankenhauspersonal**

Beschäftigte wehren sich
gegen Lohnverlust und
Flexibilisierung

**International gegen
Bildungsabbau**

Interview mit Karl Debbaut aus
Belgien und Claire James aus
England über staatliche Angriffe
auf das Bildungswesen in Europa

**Nein zum Europa des
Kapitals**

Was erwartet uns im vereinigten
Europa unter der Herrschaft von
Zentralbank, Börsenspekulanten
und Konzernen?

**Wie weiter auf dem
Balkan?**

Die Interessen der NATO stehen
einer friedlichen Lösung auf dem
Balkan im Weg

Seite 4

Seite 5

Seiten 6 und 7

Seite 9

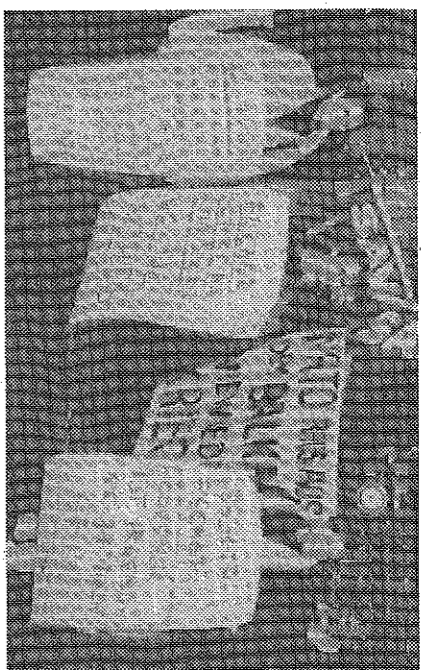
Kapitalismus bedeutet Krieg

Zum ersten Mal seit 1945 werden von deutschen Flugzeugen wieder Bomben abgeworfen. Die herrschende Klasse in Deutschland hat die öffentliche Meinung über Jahre zielstrebig auf die Kriegsbeteiligung Deutschlands vorbereitet. Erst Beteiligung an UN-Blauhelm-Einsätzen, dann indirekte Beteiligung an UN-Kampfeinsätzen, jetzt NATO-Kriegseininsatz. Viel Propagandaarbeit mit Hilfe von SPD und Grünen war nötig, um die ablehnende Haltung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zu überwinden. Die Zustimmung zum deutschen Kriegseininsatz durch die rot-grüne Regierung ist deren erste Maßnahme, an der die Unternehmerverbände nichts aussetzen haben. Auch mit den Grünen sind sie hochzufrieden, haben sie doch die Aufgabe übernommen, die Schar der Kriegseegner zu dezimieren. Dazu waren sie ihre parzifistische und anti-militaristische Tradition in die Waagschale der Kriegpropaganda. Allerdings haben sie damit für jeden erkennbar diese Tradition selbst endgültig aufzugeben.

Neue Kriege

Dieser Krieg ist nur der Auftakt zu weiteren Kriegen unter deutscher Beteiligung. Kriege sind die Fortsetzung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes mit militärischen Mitteln. Die Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse in den ex-stalinistischen Staaten bedeutet Rückkehr zum Konkurrenzkampf. Volkkeiterstaaten zerfallen. Nationale Regierungen werden westliche Imperialismus spielen die verschiedenen Nationalitäten gegeneinander und provozieren Bürgerkriege und Kriege. tiefer der Weltkapitalismus in die Krise gerät desto mehr Kriege wird es geben. Mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz zwischen dem östlichen Staatsplanwirtschaften und dem kapitalistischen Westen hat der Imperialismus eine jahrzehntelange Schranke bei der Ausbeutung der Welt verloren. Die herrschenden Klasse in Deutschland sieht die Zeit gekorren, ihre militärische Zurückhaltung nach dem zweiten Weltkrieg aufzugeben. Sie wuns einreden, daß die Bundeswehr für die Friedens aufgerüstet wird und daß der Krieg Jugoslawien humanitären Interessen dienend Leid besichtigt oder Frieden gebracht? Die Gewinner von Kriegen waren immer diebeschwaffenschnitmedien, Konzerne, Banken. Die Verlierer waren auch immer dieselben: Soldaten und Zivilbevölkerung. Das wird auch diesmal so sein. Kapitalismus bedeutet Kriege. Aus dieser historischen Erfahrung muß die Konsequenz gezogen werden: Um Kriege zu vermeiden müssen wir den Kapitalismus abschaffen.

(Fortsetzung von Seite 1)
Milosevic und die Herrscher Jugoslawiens werden diejenigen sein, die unbeschadet und sogar gestärkt aus diesem Krieg hervorgehen werden, egal welchen Ausgang er nimmt.
Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien wird keinen Frieden bringen und auch kein Selbstbestimmungsrecht für die Kosovo-AlbanerInnen. Er wird Tod, Elend und Vernichtung über den Balkan bringen.
Die Sozialistische Alternative fordert den sofortigen Stop der Bombardierungen, den sofortigen Abzug aller NATO-Truppen vom Balkan und ein wirkliches Selbstbestimmungsrecht für die Völker des Balkan. Frieden und sozialer Fortschritt können nur erreicht werden, wenn die Völker frei über ihr Schicksal entscheiden können und die unerdückerischen Regime in der Region gestürzt werden. Dies kann aber nicht von außen, sondern nur durch die Bevölkerung des Balkans geschehen. Im Kosovo können demokratisch kontrollierte bewaffnete Arbeitermilizien in den Städten und Dörfern die Selbstverteidigung organisieren.
Der Aufbau unabhängiger Organisationen der ArbeiterInnen, der armen Bauern und der Jugend ist notwendig, die sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für einen gemeinsamen Kampf der Arbeiter, Bauern und Jugendlichen aller Nationalitäten gegen die kapitalistischen Regierungen einsetzen – für eine sozialistische Föderation der Länder des Balkans auf freier und gleichberechtigter Grundlage.



Protestaktion in Aachen am Tag nach dem ersten Angriff

„Trauer und Wut“

Anlaßlich des NATO-Angriffs auf Jugoslawien führte Joim Kroppach für VORAN ein Interview mit Suzana Todovic. Sie ist Schülerin und lebt in Hamburg.

VORAN: Deine Mutter ist Kroatin. Dein Vater Serbe. Was hast Du gefühlt als die NATO begann, Jugoslawien zu bombardieren?

Suzana: Trauer und Wut. Ich habe Angst um meine Freunde und Verwandte, um die ganze Zivilbevölkerung. Man kann Gewalt nicht mit Gewalt bekämpfen. Eine profisische und friedliche Lösung müsste geschaffen werden.

Aber die NATO sagt, dies sei der einzige Weg um die Menschenrechte durchzusetzen.

Es wird überall von einem humanitären Einsatz gesprochen. Aber was da passiert ist unmenschenlich. In Wirklichkeit will die NATO ihre westlichen Mehrheitsressourcen durchsetzen. Auch in anderen Ländern gibt es Menschenrechtsverletzungen, so z. B. in der Türkei, in Israel und Indonesien. Dort tut die NATO nichts – weil sie das Unrecht dort nicht sieht.

Was meinst Du, wie Frieden auf dem Balkan erreicht werden kann?

Das ist schwer. Aber früher haben die Menschen in Jugoslawien auch friedlich miteinander gelebt. Die Menschen in Serbien, Kroatien, Kosovo usw. müssen selber erkennen, daß es nicht um ethnische und religiöse Zugehörigkeit geht, sondern um menschliches und friedliches Miteinanderleben. Die NATO-Bomben werden dieses Problem nicht lösen.

Das Kapital registriert

27. März 1999

Selten zuvor hat sich so offen gezeigt, wer in dieser Gesellschaft die Macht hat. Die Wirtschaftszeitung „Handelsblatt“ schrieb in ihrem Kommentar am 1.3.99 unter der Überschrift: „Die Macht im Staat - Unternehmer machen mobil gegen Bonn“, „Noch nie gab es eine Revoluti-on des Kapitals. Jetzt hat sie begonnen.“ So bringt der Vorstandsvorsitzende eines großen deutschen Unternehmens die Stimmung im Kollegenkreis auf den Punkt: „... Und am 15.3.99 schreibt das Blatt an gleicher Stelle triumphierend: „Die Schlacht ist geschlagen, das Kapitel Oskar Lafontaine ist abgeschlossen.“

Unternehmerverbände und Konzernchefs scheren sich nicht um das Ergebnis demokratischer Wahlen. Jede einzelne Maßnahme der neuen Bundesregierung, von der sie Verschlechterungen für ihre Profite befürchteten, wurde von ihnen massiv bekämpft. Am Ende drohten Konzernchefs offen mit Investitionsstop und Verlagerung ins Ausland.

Der erzwungene Rücktritt Lafontaines beschleunigt den Rechtskurs der Regierung. Während die Unternehmerverbände im Kampf um Prftunde und Profite gegen die neue Regierung alle Register gezogen haben, geben sich die Gewerkschaftsführer mit ein paar Reformen und warmen Worten über soziale Gerechtigkeit aus dem Mund der rot-grünen Regierungspolitiker zufrieden.

Bosse drohten mit Investitionsstreik

Die Konzernbosse drohten mit Investitionsstreik als es um ihre Profiteressen ging. Warum drohte die Gewerkschaftsführung nicht mit Streik als sich ein Einklinken der Regierung in der Steuerpolitik und den 630-Mark-Lohn zuzumuten

Wollten sie weiter stillhalten, wenn die neue Regierung jetzt die alte Umverteilungspolitik fortsetzen und sich das Geld für Steuerergeschichte an die Unternehmer bei der breiten Masse der Bevölkerung holen will, wenn Rot-Grün bei Gesundheit und Renten kürzen will, wenn über das sogenannte „Bundesgesetz für Arbeit“ Niedriglöhne durchgesetzt werden sollen? Ging es nur nach den Vorstellungen der Gewerkschaftsvorsitzenden, dann würden sie auch den verschärften Rechtskurs der Schröder-Regierung mittragen. Die Erfahrung zeigt nämlich, daß massiver Druck von der Gewerkschaftsbasis nötig ist, damit sich an der Spitze überhaupt etwas bewegt.

Lafontaine gab sich links

Lafontaine versucht sich als Mann der kleinen Leute darzustellen. Er hatte aber nie vor, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung des Kapitals durchzusetzen. Er war der erste prominente SPD-Politiker der Ende der achtziger Arbeitseizerverkürzung ohne vollen Lohnausgleich forderte. „Solche Vorstöße haben dazu geführt, daß 1990 ein gewisser Hans-Olaf Henkel, der das heute auch nicht mehr glauben würde, den Kandidaten Lafontaine zur Integrationenfigur für den Entspannungskurs zwischen Industrie und Sozialdemokraten ernannte.“ (SZ, 13.3.99). Wenn Lafontaine in letzter Zeit vom „Ende der Bescheidenheit“ sprach und daß man auch die Nachtragseite berücksichtigen müsse, dann war das nur der Versuch, die Interessen des Kapitals und der Arbeiter zu versöhnen, nach dem Motto: Wenn es den Befehligen gut geht, wenn sie kaufen können, dann geht es auch den Unternehmern gut.

Den Banken und Konzernen geht es um die Aufrechterhaltung ihres Prinzips: Wir geben nichts – wir

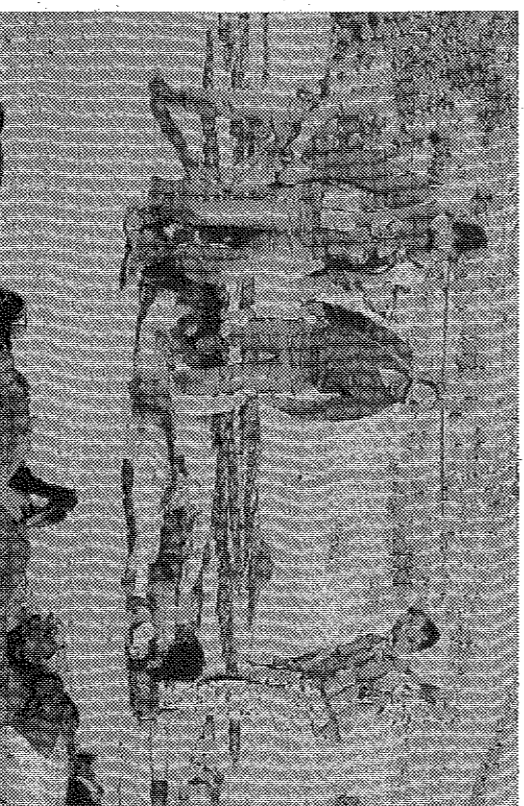
viel wie möglich. Höhere Profite sind nur auf Kosten der Arbeiterklasse zu erreichen. Das Profitinteresse der Kapitalisten und das Interesse an ausbreichendem Einkommen der Arbeiterklasse sind ihrer Natur nach unversöhnlich. Die neue Regierung und Lafontaine standen vor der Wahl: Nachgeben oder kämpfen. Für einen Kampf hätten sie diejenigen mobilisieren müssen, von denen sie gewählt worden sind: Arbeiter, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Jugendliche, Rentner. Für eine Kampf hätten sie ein Programm und eine Strategie gegen das kapitalistische Krisensystem haben müssen. Die neue Regierung und Lafontaine verteidigen aber gerade dieses System. Am Ende war Lafontaine, der Napoleon von der Saar, ein Feldherr ohne Truppen.

Sieg für die Unternehmer

Die Unternehmer haben einen Sieg errungen. Aber nach wie vor gilt: Millionen sind stärker als Millionenäre. Die bloße Androhung eines Streiks der Metall-Arbeiter reichte aus, um die Unternehmer zu Zugeständnissen zu zwingen.

„Diese Regierung wird unsere Probleme nicht lösen. Sie bekommt Druck von den Unternehmen und Rechnen und gibt diesem bereitwillig nach. Die Banken und Konzerne benutzen ihre ökonomische Macht um ihre Interessen gegen die Interessen und den Willen der Mehrheit durchzusetzen.“ Deshalb müssen sie entmachtet und in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung überführt werden. Wir brauchen eine Partei, die nur die Interessen der Masse der Bevölkerung und nicht die „Logik“ des Kapitalismus als Sachzwang akzeptiert. Eine solche Partei, eine sozialistische Arbeiterpartei, baut die SAV auf.“ (Geschrieben am 21.1.99 nachzulesen in der VOR-

Ex-Pazifisten ziehen in den Krieg



In Kurdistan bring die Türkische Armee Deutsche Waffen zum Einsatz

Vor sechs Monaten hieß es noch: „Bündnis 90/Die Grünen akzeptieren nicht, daß die NATO ihre Rolle zu Lasten der UNO und der OSZE ausweitet, um ihre eigene militärische Dominanz durchzusetzen.“ Andere Forderungen der Grünen lauteten: Bedingungsloser Verzicht auf weitere Rüstung, einseitige Abrüstung, Auflösung der Bundeswehr, Einstellung aller Rüstungsexporte und Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion.

Einmal Regierungspartei ist das Geschichte und alle antimilitaristischen Grundsätze der einstigen Friedenspartei werden verraten und über Bord geschmissen. Stattdessen tun die Grünen ihr Bestes, um den Traum der herrschenden Klasse zu erfüllen: Deutschland auch militärisch wieder zur Weltmacht aufsteigen zu lassen.

Beispiel Kurdistan: Als die Regierung Kohl deutsche Waffen an die Türkei lieferte sagte Angelika Beer, heute verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen und dem „linken“ Parteiflügel zugehörnd: „Eine Wende deutscher Außenpolitik hätte spätestens mit dem Nachweis des Einsatzes deutscher - und auch anderer - Waffen gegen die Zivilbevölkerung erfolgen müssen. Der Außenminister ist

Kinkel. Heute heißt er Fischer, ist Gr und betreibt die Politik seines Vorgängers weiter. Die rot-grüne Regierung hat Lieferung deutscher Waffen an die Regierung gestattet und erklärt: „Die Bundesregierung verfügt über keine Erkennungse, daß aus Deutschland gelieferte Waffen von den türkischen Streitkräften gegen die kurdische Zivilbevölkerung

„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ Kaiser Wilhelm II. August 1914

„Es gibt keine grüne Außenpolitik, es gibt nur eine deutsche Außenpolitik.“ Außenminister Joschka Fischer, Oktober 1998 (BR-Kardinalnachrichten vom 28.10.98)

bei grenzüberschreitenden Operationen eingesetzt wurden.“ Und: „Nur die kei selber kann die Probleme im Osten lösen.“

Die große Mehrheit der grünen Bundtagsfraktion stimmte dem Krieg gegen Jugoslawien zu. Da ist es nur logische Konsequenz, daß Demonstranten die P

Konsum ankurbeln — Ausweg aus der Krise?

"Höhere Löhne gefährden Arbeitsplätze" - schneien die Unternehmer, weil sie die Kosten in die Höhe treiben und Wettbewerbsnachteile bringen.

"Höhere Löhne schaffen Arbeitsplätze" - sagen meist die Gewerkschaften, weil sie die Nachfrage ankurbeln und die Konjunktur beleben. Wer hat recht?

Angela Bankert

Schaut man sich die Reallohnverluste der 90er Jahre bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit an, dann haben die Gewerkschaften recht damit, daß Lohnverzicht die Arbeitslosigkeit nicht abbaut (Bleibt nur die Frage, warum die Gewerkschaftsspitzen die schlechten Lohnangebote dann akzeptiert und im Kohl'schen „Bündnis für Arbeit“ Lohnverzicht im Tausch für Arbeitsplätze angeboten haben).

Schaut man sich die in diesem Jahr etwas besseren Tarifabschlüsse und die trotzdem steigende Arbeitslosigkeit an, die in den kommenden 12-18 Monaten aller Voraussicht nach noch zunehmen wird, dann scheinen die Unternehmer recht zu haben.

Dies zeigt zunächst eines: es gibt keinen direkten Zusammenhang zwischen Lohnhöhe einerseits und Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit andererseits (außer, daß hohe Dauerarbeitslosigkeit das Lohnniveau drückt). Wenn niedrige Löhne für blühende Konjunktur und Vollbeschäftigung sorgen würden, dann müßten die Länder der sog. Dritten Welt mit ihren Hungerlöhnen zu den führenden Wirtschaftsnationen bei geringer Arbeitslosigkeit gehören, was bekanntlich nicht der Fall ist. Tatsächlich aber geraten Staaten mit ganz unterschiedlichem Lohnniveau gleichermaßen in die Krise, wie z.B. derzeit Japan und Indonesien.

Keynesianismus und Monetarismus

"Zu hohe Löhne" sind nicht die Ursache von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise. Und der Neoliberalismus, demzufolge die Diktatur des Marktes schon alles alleine lenke, ist in den letzten 20 Jahren gründlich gescheitert. Das ist sie in der Geschichte schon einmal. Denn auch der klassische Wirtschaftsliberalismus ging von den Selbstheilungskräften des Marktes aus und war allein auf Geldvertröstlichkeit fixiert - bis zur Weltwirtschaftskrise 1929.

Daraus wurden Lehren gezogen, die nach dem britischen Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes „Keynesianismus“ genannt werden: staatliche Rahmenlenkung, Ankerbelohnung der Nachfrage, Senkung der Zinsen und eine antizyklische Haushaltspolitik, d.h. erhöhe staatliche Ausgaben - auch durch höhere Verschuldung - in der Krise und zurückhaltende Ausgabenpolitik und Abbau der Staatsschulden - durch erhöhte Steuerentnahmen - im Aufschwung.

In der ein oder anderen Mission wurde diese Politik nach der Weltwirtschaftskrise 1929 bis in die 70er Jahre in den meisten Industriestaaten verfolgt. Doch funktionierte sie nur begrenzt. Im langen Nachkriegsaufschwung konnten sie die zyklischen Bewegungen, das Auf und Ab des Kapitalismus...

Sie versagte jedoch gänzlich in der ersten weltweit gleichzeitigen Rezession Mitte der 70er Jahre.

Das Problem bei der staatlichen Nachfrage-Ankerbelohnung ist: woher nimmt der Staat das Geld?

Nimmt er es von den Arbeitnehmern, beschneidet er den Massenkonsum. Nimmt er es von den Kapitalisten, beschneidet er deren Profite und sie investieren weniger. Erhöht er die Kreditaufnahme, müssen die Schulden bedient werden - wiederum aus weissen Taschen? siehe oben. Erweitert er die Geldmenge, so wirkt dies inflationär. Und genau das ist in den 70er Jahren passiert, als auch Industrienationen mit teils zweistelligen Inflationsraten geschlagen waren.

Diese Erfahrungen führten zu einer Abkehr vom Keynesianismus und erneuten Hinwendung zum Liberalismus, nunmehr Neoliberalismus und Monetarismus genannt (letzteres wegen der Fixierung auf Geldmengensteuerung und Geldvertröstlichkeit).

So pendelt die kapitalistische Wirtschaftspolitik in diesen Jahrhunderten zwischen diesen beiden Rezepten hin und her, ohne die Probleme je in den Griff zu kriegen. Das ist auf kapitalistischer Grundtatsache auch nicht möglich. Denn das System hat keinen „Fehler“, den man durch diese oder jene Politik beheben könnte - das System selbst ist der Fehler.

Grundwidersprüche

Der Kapitalismus ist in fundamentalen Widersprüchen verfangen. Einer davon: Der Arbeitslohn ist aus Sicht des einzelnen Kapitalisten zunächst mal ein Kostenfaktor, den er möglichst niedrig halten möchte. Andererseits will er seine Waren aber auch absetzen und braucht entsprechend kaufkräftige Nachfrage. Alle anderen Kapitalisten sollen also möglichst hohe Löhne zahlen, damit die Leute seine Waren kaufen können. Doch da jeder Kapitalist das ebenso sieht, bleibt das Ganze ein Nullsummenspiel. Dasselbe gilt für den „Standardverweh“ ganzer Volkswirtschaften. Die Kapitalisten wollen möglichst niedrige Produktionskosten und -löhne am heimischen Standort, dessen Binennachfrage dadurch geschwächt wird, um im Export auf anderen Märkten zu glänzen. Da dies aber jedes Land versucht, ist es global auch ein Nullsummenspiel.

Das ist nicht einfach durch Steigerung der Massenkauferkraft zu beheben. Der Keynesianismus berücksichtigt nicht, daß Profite auch Nachfrage auslösen: neben Luxusgütern, Investitionsgütern und Maschinen. Aber wenn zukünftige Investitionen nicht mehr so lohnend sind wie vorherige, weil z.B. auf den Finanzmärkten höhere Renditen winken, dann wird nicht mehr investiert - übrigens egal wie niedrig die Löhne sind - Anlagen werden stillgelegt, Menschen arbeitslos, die Abwärts Spirale setzt ein.

Daß die Renditen auf in der Produktion investiertes Kapital nicht mehr hoch genug sind, hat nicht nur etwas mit Massenachfrage zu tun, sondern ist Folge des Grundwiderspruchs des Kapitalismus: daß...

wirtschaftet wird. Dies führt zu Rationalisierung und wachsendem Anteil an totem Kapital (neue Maschinen und Anlagen) in der Produktion, wodurch die Anwendung lebendige Arbeit aus dem Produktionsprozess verdrängt wird.

Doch die Quelle von Mehrwert und Profit, von neuem Reichtum einer Gesellschaft, ist ausschließlich die menschliche Arbeit. Es führt außerdem zu Überproduktionskrisen, weil jeder einzelne Kapitalist aus...

Strom ohne Atom — Gehen die Lichter aus?

In Deutschland ist es dunkel. Kerzen werden ausgepackt, die Mikrowellenpizza bleibt kalt, die Stereoanlage atum — ist, das der sofortige Atomausstieg?

Angela Münch, Köln

Zur Zeit sind in Deutschland 19 Atomkraftwerke am Netz. Die Höchstlast aller ElektrizitätsversorcherInnen betrug am 4.Dezember 1997 in Westdeutschland 73 300 Megawatt. Zur gleichen Zeit betrug die Leistung aller Kraftwerke (auch Kohle, Gas, Wind etc.) 110 665 Megawatt. Die Atomwerkskapazität betrug 22 804 Megawatt.

Nach Abzug der Atomkraftwerke verbleiben an Kohle-, Gas-, Öl- und Wasserkraft 87 861 Megawatt. Das sind weit mehr als 10 % Reservekapazität für den Tag des höchsten Elektrizitätsverbrauchs ohne Atomenergie.

Weitere Kraftwerke wie z.B. abgeschaltete Industriekraftwerke, die in den Statistiken der Energieversorgung nicht mehr aufgeführt werden, sind darüber hinaus kurzfristig mobilisierbar.

Bei diesem Szenario ist nicht berücksichtigt, wieviel Energie eingespart werden könnte, wenn unnötige Produktion vermieden würde, beispiels-

seiner betriebswirtschaftlichen Profitsicht einen möglichst großen Marktanteil erobern möchte. Das möchten alle, und so bauen sie insgesamt Überkapazitäten auf, die dann zur Krise führen und in der Krise vernichtet werden.

Das kapitalistische Profit- und Konkurrenzprinzip macht die Marktwirtschaft chaotisch und führt immer wieder in grundlegende Krisen, die durch keine bürgerliche Wirtschaftspolitik zu verhindern sind.

Nur wenn das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die kapitalistischen Profiteprinzipien aufgehoben werden, können Gesellschaft und Politik die Instrumente in die Hand bekommen, um den von uns allen erwirtschafteten Reichtum sinnvoll einzusetzen - durch eine demokratische Planung der Wirtschaft, ausgerichtet an den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt statt am Profit.

zur Energieeinsparung (Wärmedämmung) und effiziente Energienutzung (Fern- und Nahwärme aus Kraft-Wärme-Koppelung, Wirkungsgraderhöhung durch neue Kraftwerke und Heizungsanlagen), sowie den Ausbau der Nutzung von Wind- und Solarenergie schaffen erheblich mehr Arbeitsplätze, als das bestehende Energieversorgungssystem.

Allein in der Windkraftbranche wurden in den letzten Jahren über 10 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Bei Ausschöpfung aller Potenziale könnten leicht 100 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Atommafia

Das Monopol der größten Energieversorgungsunternehmen (EVU) wurde in der Nazizeit gesetzlich abgesichert. RWE, VEBa und VAG schlossen sich in der heutigen Deutschen Verbindungsgesellschaft (DVG) zusammen und ausschalten. Seit dem Bestehen der DVG (1948) sitzen auch Politiker im Aufsichtsrat und verdienen sich eine goldene Nase. Die Atomenergie wurde bis Anfang 1998 mit insgesamt ca. 80 Milliarden DM gefördert. Kosten für Polizeieinsätze...

oder „Stopp aller Endlagerprojekte“, tönt es in dem Bundestagswahlprogramm '99 der Grünen, um nur ein paar Schlagworte daraus zu nennen. Als die Grünen Ende der siebziger Jahre gegründet wurden, organisierten sie noch Demonstrationen gegen Atomkraftwerke. Heute organisieren sie nur noch Pressekonferenzen auf denen sie ihr Einkommen vor der Atomlobby erläutern. Der Ausstieg ist noch lange nicht in Sicht.

Wären die Ausbaupläne der Regierung und der Industrie aus den 70ern verwirklicht worden, würde heute fast neben jeder Stadt ein Atomwelter stehen. Nur scharfe Proteste der Ant-AKW-Bewegung haben das verhindert. Auch die einjährige Ruhepause für Castortransporte konnte so durchgesetzt werden. Läßt man sich von der Atommafia einhalten hat man verloren. Die SAV fordert daher:

- Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie
- Keine Entlassungen sondern Ersatzarbeitsplätze für alle Beschäftigten
- Alle am Energie- und Atomgeschäft beteiligten Konzern sind zu enteignen. Entschädigung nur bei erwiesener Bedürftigkeit und unter Anrechnung erhaltener Subventionen sowie der durch die betreffenden Konzerne verursachten Umweltschäden und Folgekosten
- Demokratische Kontrolle und Verwaltung der enteigneten Konzerne durch die Beschäftigten und Verbraucher
- Erstellen eines volkswirtschaftlichen Energieversorgungsplanes mit dezentraler Energieversorgung, Ausbau und Erforschung von erneuerbaren Energien



Ihr da oben ...

Brecht und Doppelpaß

„Der Paß ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustande wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustandkommen, auf leichtsinnigste Art und ohne geschlehten Grund, ein Paß niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.“

Bert Brecht

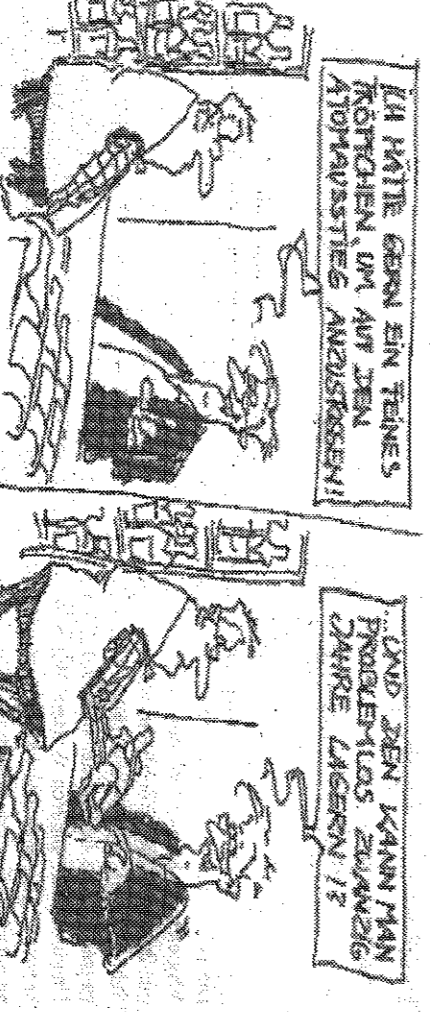
Dritter Kandidat

-Rau oder Schipanski? Wer soll Bundespräsident/in werden. PDS-Fraktionschef Gregor Gysi äußerte starke Sympathien für die Kandidatin der CDU, Dagmar Schipanski. Er nannte vier „Vorteile“. Für sie spreche, daß sie eine Frau sei, aus dem Osten komme, jünger sei als Rau und parteilos.

Auch die SAV hat die Frage der Bundespräsidentenwahl eingehend diskutiert und ist nach reiflicher Überlegung zu einer Lösung gekommen: Wir schlagen für das Amt des Bundespräsidenten einen Fisch vor. Das kann ein Karpfen, ein Goldfisch oder ähnliches sein. Die Vorteile: Dem Fisch ist es egal, ob er in einem ostdeutschen oder westdeutschen Tümpel schwimmt, man sieht es ihm auf den ersten Blick nicht an, ob er Männchen oder Weibchen ist, es darf auch ein junger Hecht sein, jeder Fisch ist parteilos und garantiert weder von der CDU noch von der SPD vorgeschlagen. Darüber hinaus würde ein Fisch den Staatsäckel entlasten: Start teuer, Präsidentenvilla reichen ein Aquarium und etwas Fischfutter, die Kosten für Auslandsreisen entfallen - wer läßt schon einen Fisch zum Staatsbesuch? Letzter aber nicht zu unterschätzender Vorteil: er äußert sich nicht unfragbar zu allerlei Themen und hält keine Sonntagsreden. Schließlich ist er von Natur aus stumm.

Bankräuber

Die Geldvermögensbesitzer entziehen dem Staat durch illegale Geldverschlebung insgesamt jährlich 20 Milliarden Zinsabzugssteuern. Die Banken leisten dabei aktive Beihilfe. Seit 5 Jahren ermittelt die Düsseldorfler Staatsanwaltschaft gegen 350 Manager der Dresdner Bank wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Dresdner Bank und Staatsanwaltschaft kamen jetzt zu einer „Verständigungslösung“. Die Dresdner Bank und zwei Manager bezahlen insgesamt 41 Millionen Mark Bußgelder, das Gericht stellt dafür die Ermittlungen gegen 350 Bankmanager, die in die Steuerhinterziehung verwickelt sind ein und verzichtet auf ein Hauptverfahren vor Gericht. Die beiden Hauptverantwortlichen erhielten zusammen Geldstrafen in Höhe von 2 Millionen Mark und 1 Jahr Haft auf Bewährung. Allein durch die Gescheftliche der beiden Angeklagten ist dem Fiskus in den Jahren 1992 bis 1996 ein Steuer-schaden von mehreren hundert Millionen Mark entstanden.



Ausstieg oder Arbeitslosigkeit?

Der Ausstieg würde keine Arbeitsplätze vernichten, da jede andere Stromerzeugung arbeitsintensiver ist und folglich mehr Arbeitsplätze einnimmt.

weisse Einwegverpackungen, kurzlebige Haushaltswaren oder die Flut von Werbebrospen.

Bittere Medizin für Krankenhausbeschäftigte

Interview mit Dieter Jan-Gen, ÖTV-Vertrauensleutsprecher und Personalratsvorsitzender im Bürgerhospitalk Stuttgart zu den geplanten Kürzungen bei Krankenhausbeschäftigten

(Angabe der Funktion dient nur zur Kenntlichmachung der Person)

Welche Aktionen habt Ihr bisher organisiert?

Wir hatten am 17. März eine sehr gut besuchte Personalversammlung mit 200 Beschäftigten. Dabei wurde eine Resolution verabschiedet, die wir an den Kommunalen Arbeitgeberverband, den Oberbürgermei-

ter Krankenkassen letztlich nur die Hälfte. Das können wir nicht akzeptieren. Die rot-grüne Regierung muß dafür sorgen, daß die Gesetze so geändert werden, daß Tarifhöhungen voll finanziert werden müssen. Außerdem muß bei den Krankenkassen leicht abgebaut werden können, wenn mehr Leute in Arbeit kämen. Dann gäbe es auch mehr Beitragszahler. Und wenn dann noch das ganze private Krankenkassenversicherungs-

wesen abgeschafft würde und alle in die gesetzliche Krankenversicherung kämen, wäre auch mehr Geld da für die Fi-

Wie können Deiner Meinung nach die Angriffe abgewehrt werden?

Das Bewußtsein sich zu wehren, ist bei den Beschäftigten vorhanden. Sie wissen auch, daß es jetzt auf sie selber an-

kommt. Dem Widerstand in der Krankenhäuser sind aber Grenzen gesetzt. Wir können keinen Vollstreik machen, weil wir die Patienten versorgen müssen. Deshalb müssen andere Bereiche der ÖTV, die großen ökonomischen Druck ausüben können, wie zum Beispiel die Straßenbahner mit uns kämpfen.

Das ist auch deshalb wichtig, weil nach uns der nächste Bereich dran kommt. Wenn die ÖTV den bestehenden Manteltarifvertrag für die Krankenhausbeschäftigten öffnet und zuläßt, daß es hier Absenkungen gibt, hat der Manteltarifvertrag für alle anderen Bereiche auf Dauer auch keinen Bestand. Zuletzt gab es mit Zustimmung der ÖTV-Führung massive Verschlechterungen im Tarifvertrag für die Flughafen. Wir sind jetzt die nächsten und dann kommen nach und nach alle anderen dran. Deshalb muß der Angriff von der gesamten ÖTV zurückgeschlagen werden. Der Angriff hat von alleine in den Krankenhäusern schon zu einer Mobilisierung geführt, der einen gemeinsamen Kampf aller er-möglichst, die bisherige Spaltung durchbricht und alle Bereiche zusammenhängt. Dies muß jetzt aber auf die gesamte ÖTV ausgeweitet werden.

Wie läuft die Diskussion in der ÖTV?

Mitte März gab es eine Informationsveranstaltung vom Bezirk für den Bereich Krankenhäuser für Betriebs- und Personalräte. Da gab es erst mal Kritik am Lohnabschluß wegen der geplanten Flexibilisierung. Wir befürchten, daß dadurch Überstunden weggefinanziert werden. Eine Kollegin machte klar, daß die Mitgliedsbücher liegen werden, wenn die ÖTV

auch nur in einem Punkt bei dem Horrorkatalog nachgibt. Die Stimmung war, daß es für die ÖTV da überhaupt nichts zu verhandeln gibt, bzw. wenn verhandelt wird, dann nur um Verbesserungen. Die Möglichkeit von Zeitüberverkürzungen durch Flexibilisierung wurde unter Bedingungen von chronischer Personalknappheit zumindest massiv angezweifelt. Die Versammlung hat dann beschlossen, daß die ÖTV nicht weiterverhandeln soll, bis der Horrorkatalog voll zurückgenommen ist. Von den 70 bis 80 Teilnehmern haben bis auf ganz wenige Enthaltungen alle dafür gestimmt. Einen ähnlichen Beschluß gab es dann vor von unserer Stuttgarter ÖTV-Abteilung Krankenhäuser. Vertrauensleute eines Stuttgarter Krankenhauses hatten die Idee einer Postkartenaktion. Mit diesen Postkarten wird vom Hauptvorstand ebenfalls der Abbruch der Verhandlungen gefordert, solange der Arbeitgeber ihren Horrorkatalog nicht komplett zurückgenommen haben.

Welche Rolle kann das Netzwerk für ein kämpferisch und demokratisches ÖTV" derzeit spielen?

Ein Kollege sagte zu mir neulich ziemlich besorgt: 'diesmal darf nichts schiefgehen. Wenn die Gewerkschaft uns nicht vertritt, haben wir keine Lobby mehr.' Diese Skepsis ist bereits da. Wir müssen von Anfang an davor warnen, daß die ÖTV-Führung die Auseinandersetzung zu überlassen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre besteht die Gefahr, daß die ÖTV-Führung zumindest in einzelnen Punkten den Arbeitgebern nachgibt. Viele Netzwerkkontaktpersonen in Krankenhäusern. Sie müssen den Kampf mit antworten, Initiativen ergreifen, Druck organisieren und sich so gut wie möglich untereinander austauschen. Die Auseinander-

Die Arbeitgeber wollen den Beschäftigten in Krai sem eine bittere Medizin verabreichen. Es besteht c Gefahr, daß neben dem Personal auch die Patienten Strecke bleiben.

Steffi Mitschke, ÖTV-Vertrauensfrau und Betriebsrätin am Klinikum Kassel

(Angabe der Funktion dient nur zur Kenntlichmachung der P Allein die Lohnkürzung würde für Pflegepersonal, A medizinisches Hilfspersonal 9.000 bis 13.000 DM w Mutter würde kenschwester zukünftig nur noch 2.300 DM netto v Jahr bedeuten. Eine alleinerziehende Mutter würde kenschwester zukünftig nur noch 2.300 DM netto v Nacht schwerste körperliche und psychische Arbeit le dafür so schlecht bezahlt werden, daß das Geld hior vorne für das alltägliche Leben nicht reicht. Aber nich Gehalt soll massiv gekürzt werden. Obendrein solle die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. Die A soll bis auf 13 Stunden erhöht, die Ruhezeit von Stunden verkürzt werden. Damit wollen die Arbeitgü Tarifvertrag das geltende Arbeitsschutzgesetz aushe gendes Szenario könnte schon bald zum Klinikalltag Eine Ärztin oder OP-Schwester steht 13 Stunden im onnsal. Da sie ihre Pause nicht am Stück sondern in tenblöcken zerteilt nehmen muß, kommt sie nach ca etc. Heimfahrt hungrig zu Hause an. Für Essen, Köf abschminkt sie 2 Stunden. Freizeitaktivitäten kann abschnitten, da ihr gerade mal 4 Stunden Schlafat bevor sie ihre Fahrt zum pünktlichen Dienstbeginn tritt.

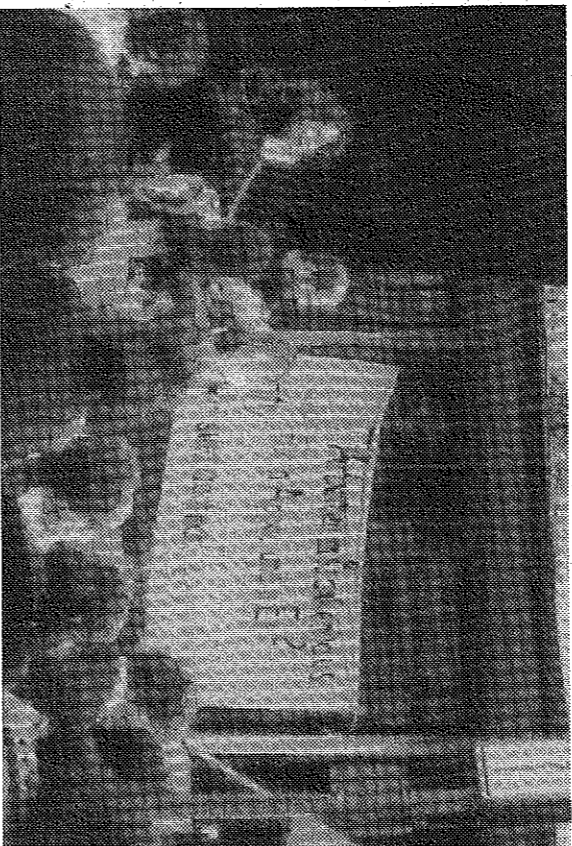
Leere Kassen

Was das Ganze besonders ärgert, ist die daß hier Lohn und Arbeitsschutz geopfert und mit der der Kostenexplosion im Gesundheitswesen begründet Der Anteil der Krankenhausaussgaben am Bruttoinlan liegt hierzulande seit zwei Jahrzehnten relativ stabil t zent. Im internationalen Vergleich liegen die Pro-Kop ben für Krankenhäuser in Deutschland unter den Du anderer Industrieländern. Wenn bei den Krankenveng gen nicht mehr genug Geld da ist, dann liegt das daran Massenarbeitslosigkeit Lächer in die Beitragsnehm sen hat. Wenn die Länder und Kommunen für die hausfinanzierung kein Geld mehr haben, dann nur des die Unternehmenssteuern immer weiter abgesenkt und Konzerne wie Daimler Benz z.B. seit 1995 keine Steuern mehr bezahlen.

Dafür sollen jetzt die Krankenhausbeschäftigten b reits 1997 hat die Kohl-Regierung per Gesetz beschlo die Tarifhöhungen im öffentlichen Dienst nur noch über die Krankenkassen finanziert werden dürfen. grüne Regierung hat dieses Gesetz bis heute nicht r gemacht.

Millionen sind stärker als Millionäre

Der Angriff auf die Krankenhausbeschäftigten ist e auf alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst und alle hängigen. Wenn die Arbeitgeber damit durchkommen Arbeiter anderer Bereiche nachziehen. Laut ÖTV haben bereits wä Lohntarifunde nicht Arbeitgeber der Krank ser, sondern auch de keins und der Müllal dem Argument Wettbewerbsdrucks in bestehende Tarif gefordert. Aber nicht Arbeitnehmer sind diesen Angriffen l sondern auch als l Denn es ist klar, daß Arbeitsbelastung für Schon gestreifte Kran beschäftigte zu sch Versorgung und B führen wird. Der H log muß voll zurückg werden. Die Krankenhäuser brauchen mehr Person Personal braucht nicht weniger, sondern mehr Geld. C Beschäftigten im Krankenhaus überlassen werden. D te Kraft der ÖTV und des DGB muß zur Verteidid bestehenden Manteltarifvertrags eingesetzt werden. ternehmer haben seit der Bundestagswahl ihre Maasetz um die minimalen Reformen der rot-grünen Reg stoppen. Jetzt müssen die Gewerkschaften ihre Krat um die Arbeitgeber in die Knie zu zwingen und auf rungen in Bonn und in den Ländern Druck auszuüben. sind stärker als Millionäre, wenn sie gemeinsam kämpf



Protestaktion von ÖTV-Gewerkschaftern in Stuttgart

ster, die Bundesgesundheitsministerin und die Gewerkschaften ÖTV und DAG geschickt haben. Wir fordern darin, daß die Arbeitgeber ihren Förderrungskatalog vollständig zurücknehmen: sollen und die Gewerkschaften, solange nicht verhandelt bis das passiert ist. Und von der Bundesgesundheitsministerin fordern wir, daß sie durch entsprechende Krankenhausgesetzgebung für eine volle Finanzierung der tariflichen Personalkosten sorgt.

Für die bundesweiten Aktionen sind wir bereit, das finanzielle Risiko zu übernehmen

Für die bundesweiten Aktionen sind wir bereit, das finanzielle Risiko zu übernehmen. Die Krankenkassen sind aber nicht mehr bereit, das zu finanzieren. Deshalb betreiben sie Bettenabbau und Privatisierung. Der Bettenabbau geht inzwischen so weit, daß wir bei Notaufnahmen Patienten immer öfter auf den Fluren unterbringen müssen. Es gibt keinen Bettenpuffer mehr. Und es gibt auch keinen Personalpuffer mehr. Es ist wirklich so, daß die Leute bis zu ihrer persönlichen Belastungsgrenze arbeiten. Und weil die Kommunen und Länder sich mehr und mehr an der Krankenhaushausfinanzierung herausziehen geht das Krankenhausmanagement her und finanziert notwendige Investitionen auch über Gelder die sie über Personalabbau freimachen. Aber die Sache geht noch weiter. Die Länder wollen sich ganz aus der Krankenhausfinanzierung verabschieden. Wenn dann die Krankenkassen alleine die Krankenhäuser finanzieren, geht erstens ein ganzes Stück öffentliche Kontrolle verloren.

Wie beteiligen sich Länder und Kommunen an der Krankenhausfinanzierung?

Noch gibt es die sogenannte duale Finanzierung. Das heißt, daß die Kommunen und Länder für die Investitionen und den Unterhalt der Gebäude aufkommen und die Krankenkassen die laufenden Kosten übernehmen. Länder und Kommunen sind aber nicht mehr bereit, das zu finanzieren. Deshalb betreiben sie Bettenabbau und Privatisierung. Der Bettenabbau geht inzwischen so weit, daß wir bei Notaufnahmen Patienten immer öfter auf den Fluren unterbringen müssen. Es gibt keinen Bettenpuffer mehr. Und es gibt auch keinen Personalpuffer mehr. Es ist wirklich so, daß die Leute bis zu ihrer persönlichen Belastungsgrenze arbeiten. Und weil die Kommunen und Länder sich mehr und mehr an der Krankenhaushausfinanzierung herausziehen geht das Krankenhausmanagement her und finanziert notwendige Investitionen auch über Gelder die sie über Personalabbau freimachen. Aber die Sache geht noch weiter. Die Länder wollen sich ganz aus der Krankenhausfinanzierung verabschieden. Wenn dann die Krankenkassen alleine die Krankenhäuser finanzieren, geht erstens ein ganzes Stück öffentliche Kontrolle verloren.

Wie läuft die Diskussion in der ÖTV?

Mitte März gab es eine Informationsveranstaltung vom Bezirk für den Bereich Krankenhäuser für Betriebs- und Personalräte. Da gab es erst mal Kritik am Lohnabschluß wegen der geplanten Flexibilisierung. Wir befürchten, daß dadurch Überstunden weggefinanziert werden. Eine Kollegin machte klar, daß die Mitgliedsbücher liegen werden, wenn die ÖTV

Was hat sich an der Krankenhausfinanzierung in den letzten Jahren geändert?

Die Krankenhäuser bekommen Budgets. Diese Budgets werden mit den Krankenkassen nach gesetzlichen Richtlinien ausgehandelt. Dieses Jahr dürfen sie im Westen um 1,73% steigen und im Osten müssen sie sogar reduziert werden. Von Tarifhöhungen, die höher sind als Budgeterhöhungen, übernehmen die

aus den Bündnis-für-Arbeit-Verhandlungen. Dazu gibt es eine Unterschriftensammlung. Das Netzwerk beteiligt sich an der Demo gegen den EU-Gipfel am 29. Mai und fordert von

zung an den Krankenhäusern gibt es eine aktuelle Stellungnahme. Das Netzwerk betrachtet die diesjährige Lohnverhandlung im öffentlichen Dienst als völlig unzureichend. Die

gemeinsam dagegen samte Kampfkraft zu kämpfen. Zu den und des DGB eingemanteltarifverhandlungen für die Krankenhäuser hat das Netzwerk die Position, daß

ÖTV-Opportunisten gegen Flexibilisierung

Seit Sommer 96 gibt es das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“. Darin haben sich kämpferische Kolleginnen, Vertrauensleute, Personal-

aus den Bündnis-für-Arbeit-Verhandlungen. Dazu gibt es eine Unterschriftensammlung. Das Netzwerk beteiligt sich an der Demo gegen den EU-Gipfel am 29. Mai und fordert von

zung an den Krankenhäusern gibt es eine aktuelle Stellungnahme. Das Netzwerk betrachtet die diesjährige Lohnverhandlung im öffentlichen Dienst als völlig unzureichend. Die

gemeinsam dagegen samte Kampfkraft zu kämpfen. Zu den und des DGB eingemanteltarifverhandlungen für die Krankenhäuser hat das Netzwerk die Position, daß

gemeinsam dagegen samte Kampfkraft zu kämpfen. Zu den und des DGB eingemanteltarifverhandlungen für die Krankenhäuser hat das Netzwerk die Position, daß

GRUNDLAGEN DES DEUTSCHEN KRANKHEITSWESENS

1. Die Pflegeleistungen im Krankenhaus sind ein wesentlicher Bestandteil des öffentlichen Gesundheitswesens.
2. Die Finanzierung des Krankheitswesens ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand.
3. Die Finanzierung des Krankheitswesens ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand.
4. Die Finanzierung des Krankheitswesens ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand.
5. Die Finanzierung des Krankheitswesens ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand.
6. Die Finanzierung des Krankheitswesens ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand.
7. Die Finanzierung des Krankheitswesens ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand.
8. Die Finanzierung des Krankheitswesens ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand.
9. Die Finanzierung des Krankheitswesens ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand.
10. Die Finanzierung des Krankheitswesens ist eine Aufgabe der öffentlichen Hand.

Bilder: atilischschwaizmann/veritas wird von uns geteilt. 111

Am 8. Mai findet das nächste Bundesweite

International gegen Bildungsabbau!

Auf einem europaweiten-Treffen gegen Bildungsabbau sprach Marc Treude für VORAN mit Karl Debbaut, Mitglied der Schliengerwerkschaft SVB (schliengerwerksbond) aus Belgien und Claire James von der Save Free Education Campaign aus England.

Interview
Karl: Der SVB bereitet eine Kampagne gegen die geplanten Änderungen im Bildungswesen vor. Die



Schülerinnen protestierten im Oktober letzten Jahres in ganz Frankreich massiv gegen Bildungs Kürzungen

Karl: Nun, schon während der Proteste gegen die Kinder-schänder und die Korruption in der Regierung, der „weißen Bewegung“, gab es Bildungsabbau in Belgien. Wir haben vor zwei Jahren den „Schliengerwerksbond – SVB“ gegründet, um eine unabhängige Jugendorganisation zu haben. Mittlerweile werden wir vom sozialistischen Gewerkschaftsbund finanziell unterstützt. Wir haben hier in Kortrijk ungefähr 50 Mitglieder, von denen 20 sehr aktiv sind.

Weshalb gerade jetzt ein internationales Treffen?
Karl: Belgien ist gegenüber anderen europäischen Staaten überaus hoch verschuldet. Die Regierung versucht jetzt sogar,

Belgien nicht allein betroffen sind. Wir wollten an Beispielen deutlich machen, daß es Bildungabbau überall gibt, und daß wir uns gemeinsam wehren müssen.

Wie genau sehen die Angriffe eurer Regierung aus?
Karl: Belgien ist gegenüber anderen europäischen Staaten überaus hoch verschuldet. Die Regierung versucht jetzt sogar,

Streichung der Fahrkostenzuschüsse. Heute bekommen noch 70.000 Schüler die Fahrkarten bezahlt, bald sollen es nur noch 4000 sein. Außerdem sollen 400 Busfahrer entlassen werden. Jetzt wollen wir einen SchülerInnen-Streik organisieren, um diese Verschlechterungen zu verhindern.

Claire, in England gibt es die Save Free Education-Kampagne auch noch nicht lange. Womit habt ihr begonnen?
Claire: Bevor Tony Blair die letzten Wahlen gewonnen hat, war sein Spruch: „Bildung, Bildung, nochmals Bildung!“

Man braucht nur noch zu unter-schreiben. Diese Karten gibt es jetzt an zig Schulen.
Was passiert zur Zeit? Wie wird es weitergehen?
Claire: An der Oxford-Universität gab es massiven Druck seitens der Uni-Leitung gegen acht Kommissionen, die öffentlich erklart haben, daß sie die Gebühren boykottieren, und dafür ge-worden haben. Über Telefon haben das Studierende einer anderen Uni gehört, wo 110 Studierende ausgeschlossen werden sollen. Dies beiden Unis wurden dann von hundert Studenten besetzt. Eben am Telefon habe ich erfahren, daß mittlerweile führt Uni be-setzt sind. Für den Semesteran-fang im September bereiten wir eine landesweite Boykott-Kampagne vor.

JRE contra Abschiebung

Die grausamen Bedingungen im Abschiebeknast Berlin-Grünau in dem sich seit kurzem ein kurze im Hungerstreik befindet, und die Tatsache, dass hinter der rassistischen Politik der Regierung System steckt, nahm Jugend gegen Rassismus (JRE) zum Anlaß gemeinsam mit der Sozialistischen Alternative (SAVA) am 27. Februar eine Demonstration durchzuführen. Circa 250 überwiegend junge TeilnehmerInnen protestierten mit mehreren politischen Reden gegen die Ausländernetze der Bundesregierung und des Berliner Senats. Einige provokante Forderungen am Rande der Demo wurden von der Polizei abgeschirmt. Vor dem Gefängnis bekundeten die TeilnehmerInnen mehrfach ihre Solidarität mit den Gefangenen (im Oktober 98 bekam JRE einen von Abschiebung bedrohten Sudanesen frei). Einer der Insassen antwortete mit dem Schwenken eines weißen T-Shirts, was von den DemonstrantInnen heftig begrüßt wurde.



Bleiberecht für alle!

JRE - Mach mit! Infos unter (030) 4409429

Azubis vergackeiert!

Kurz nach dem Abschluß der Tarifverträge im Öffentlichen Dienst wurden wir Auszubildende bei der Telekom vom Abschluß unseres Mantelarbeitvertrags von der DPG überrascht. Stolz steht jetzt auf der Deckseite der Mitglederwerbezettel: Mehr Kohlei (Stolze 3.1 Prozent) Mehr Ausbildungsplätze! (plus 450 jedes Jahr bis 2001) Übernahme für alle! (garantiert für einen 30-Std-Job). Da fällt doch für jeden Azubi Weh-nachten und Ostern zusammen.

April, April Weniger stolz oder überhaupt nicht wurden informiert, die in Zukunft und natürlich auf „freiwilliger“ Basis durchgeführt werden sollen. Also in den nächsten Jahren „können“ wir bis zu 10 Stunden täglich im Betrieb bleiben und bis zu 10 Samstag ausfallen, wenn der Betrieb es für nötig erachtet. Zu

Alexandra Arnburg, JAV-Mitglied Telekom Berlin
(Angabe der Funktion dient nur

Geld über das Bildungswesen hereinzuholen. In den nächsten sieben Jahren sollen eine Billion Francs (ca. 50 Milliarden DM) im Bildungsbereich eingespart werden, außerdem sollen Schulen 420 Millionen Francs Gewinn einfahren, durch massive Entlassungen, Privatistierungen und den Verkauf von Schulgrundstücken. Auch die Struktur der Schulen wird radikal geändert. Es sollen Schulgruppen entstehen, was bedeutet, das Kurse zusammengelegt werden und Schüler wegen einer Stunde bis zu 50 Kilometer fahren müssen, bei gleichzeitiger

Streichung der Fahrkostenzuschüsse. Heute bekommen noch 70.000 Schüler die Fahrkarten bezahlt, bald sollen es nur noch 4000 sein. Außerdem sollen 400 Busfahrer entlassen werden. Jetzt wollen wir einen SchülerInnen-Streik organisieren, um diese Verschlechterungen zu verhindern.

Claire, in England gibt es die Save Free Education-Kampagne auch noch nicht lange. Womit habt ihr begonnen?
Claire: Bevor Tony Blair die letzten Wahlen gewonnen hat, war sein Spruch: „Bildung, Bildung, nochmals Bildung!“

Man braucht nur noch zu unter-schreiben. Diese Karten gibt es jetzt an zig Schulen.
Was passiert zur Zeit? Wie wird es weitergehen?
Claire: An der Oxford-Universität gab es massiven Druck seitens der Uni-Leitung gegen acht Kommissionen, die öffentlich erklart haben, daß sie die Gebühren boykottieren, und dafür ge-worden haben. Über Telefon haben das Studierende einer anderen Uni gehört, wo 110 Studierende ausgeschlossen werden sollen. Dies beiden Unis wurden dann von hundert Studenten besetzt. Eben am Telefon habe ich erfahren, daß mittlerweile führt Uni be-setzt sind. Für den Semesteran-fang im September bereiten wir eine landesweite Boykott-Kampagne vor.

Angeklagt: Antifaschisten

Bei einer Protestaktion gegen einen Infotisch der NPD-Jugendorganisation JN in Stuttgart wurden drei Antifaschisten vorläufig festgenommen. Ermittlungen wegen schwerem Landfriedensbruch wurden eingeleitet, aber gegen zwei wurde jetzt wegen „versuchter gefährlicher Körperverletzung“ Anklage erhoben.

Der eine wird beschuldigt, eine leere Flasche auf den Boden geworfen zu haben. Der andere wird angeklagt, weil Teilnehmer des JN-Infotischs behaupten, ein 20-23jähriger sei mit einem Totschläger auf sie eingedrungen. Daß er damals 16 war und nach mehreren Zeugnisaussagen einige Meter entfernt stand, irritiert weder Polizei noch Staatsanwaltschaft. Dieses Verfahren ist ein Versuch die beiden und mit ihnen alle AntifaschistInnen einzuschüchtern. Wir fordern die sofortige Einstellung.

Wolfram Klein, Stuttgart

Bafög - Amt in action...

In diesem Wirtschafts- und Rechtssystem sind die Bedürfnisse der meisten Menschen nicht vorgesehen. Über-zahlte Politiker und „Rechtsexperten“ tüfteln komplizierte Gesetze aus, die den einen Reichtum beschieren und den anderen nicht das Nötigste zugestehen. Würden wir uns selbst verwalten, blieb uns auch so manche bürokratische Clownerie erspart.

Sigi Moll, Aachen

Fast jeder hat schon mal Theater mit Behörden, mit der deutschen Bürokratie gehabt. Anfang letzten Jahres entschloß sich das Amt für Aus-bildungsförderung (Bafög-Amt) der Stadt Aachen, eine Komödie zu inszenieren. Das Drehbuch: ein 23 jähriger ent-schließt sich, die höhere Berufsfachschule für Gestaltung zu besuchen. Diese Ausbil-dung bringe es mit sich, daß neben den Schulproben auch Kosten für verschiedene Material anfällt. Also stellt er einen Antrag auf Ausbildungs-förderung. In dem darauf-folgenden Bescheid ist die Rede von der statlichen Summe von 122 DM pro Monat. Erheitert über diesen vermeintlichen Druckfehler fragt er bei der Oberrichterin Beatrix nach

In der nächsten Ausgabe:
Jugendjobprogramm ...
Hilfe für Jugendliche oder ein großes Verarschungsprogramm?
Hast du selber Erfahrungen damit gemacht? Erzähl uns Deine Meinung unter der Tel.: 0221/ 13 46 04

Nicht jede Kunst ist käuflich!

Hip - Hop - Musik erregt aus Lautsprechern, etwa 300 Jugendliche versammeln sich auf Kassels zentralem Platz. Mit Spraydosen bewaffnete Writer machen sich an Leinwänden zu schaffen. Es ist Freitag der 19. März in Kassel: Innenstadt kommt, sieht den Menschaufmarsch schon von weitem. Es handelt sich aber keinesfalls um irgendeine von einem Konzern organisierte Werbeveranstaltung. Nein, die Anwesenden protestieren gegen die Verfolgung von Jugendkultur. Auf Schildern steht: „In Deutschland morgen Nazis weiter und der BGS jagt Writer“, „Bullen Gegen Sprayer?“, „Der BGS sieht auch dich“ oder „Nicht jede Kunst ist käuflich“. Graffiti ist Jugendkultur“ versehenen Schilder wird der Widerstand gegen die Kriminalisierung von Sprayern ausgedrückt.

David Schultz, Kassel

Der Hintergrund: Seit einigen Monaten gibt es in Kassel eine Sonderkommission Graffiti des Bundesgrenzschutzes. Diese fühme unter anderem Maler beim Sprühen an legalen Flächen (zum Beispiel bei Veranstaltungen wie der Kassel-Jahr) und durchsuchte daraufhin die Wohnungen der Sprayer und zum Teil zeitgleich die der Eltern, wobei auch Studienmaterialien, Skizzen für legale Auftragsarbeiten, befall im Buchhandel erhältliche Graffiti-magazine und diverse Privatgegenstände beschlagnahmt wurden. Bei solchen Hausdurch-suchungen sind Beamte mehrfach beleidigt geworden. Vor allem aber wird durch die gerichtliche Überwachung be-stimmter Jugendtreffpunkte die Jugendkultur Kassels um Jahr-re zurückgeworfen. Niemand hat Lust sich dort zu treffen, wo er auf Schritt und Tritt überwacht wird, selbst wenn er nicht sprüht. Am Tag der Protestdemonstration wurde zudem im Bundestag eine Gesetzesvorlage verabschiedet, die für Graffiti-werter zusätzlich zu Verarmung und Sachbe-schädigung den Straftatbestand des Verunstaltens vorsieht. Ansatz Konkrete zu behandeln, die durch Staatshinterziehung volkswirtschaftlichen Schaden in Milliardenhöhe verursachen oder die Nazis im Ostdeutschland davon abzuhalten. Heutzag-den auf Ausländer abzuführen, verfolgt die Staatsgewalt Leute, die graue Brückeputzer bunt bemalen. Es ist ohnehin ein Wunder, daß Jugendliche nicht in völliger Leiharbeit verfallen wenn die Regierung ihre Versprechen von mehr Ausbil-dung und Jugendberufshilfen permanent nicht einhält. Daß diejenigen, die trotzdem ihre Kreativität ausleben wol-len, deswegen verfolgt werden, ist schlicht eine Schwennekt. Wenn der Protest aber politischen Charakter annimmt und wir beginnen, mehr Geld für Jugendzentren und Sportan-lagen zu fordern setzen wir dann da oben richtig was entgegen. So richten die (amnestischen) fünf anwesenden Zivilbil-den auf der Demonstration ihr Hauptaugenmerk auf die Un-ter-schriftlichen der Kasseler SAV. Wir werden in den nächsten Wochen mit der Un-terschriftlichen weiterma-schen, aber es ist wichtig, daß der Protest auch in anderen Orten weitergeht. Ohne Kampf wird sich für die Jugend nichts ver-bessern. There's no Justice-Theory's just us!

Unterschriftlichen und Fotolater könnt ihr bestellen bei David unter Tel. (0561) 2889964 oder im SAV-Büro, Frankfurtstr. 58 34 124

International



Zum ersten internationalen Streik kam es 1997 in den Renaultwerken. Gegen die Schließung des belgischen Werkes Vilvoorde solidarisierten sich die Kollegen in sieben

Ein EUROpa gegen die arbeitende Bevölkerung

Die Euro-Konvergenzkriterien sollen in allen EU-Mitgliedsstaaten für die Begrenzung der Staatsverschuldung sorgen. In der Praxis dienen sie in jedem dieser Länder als Knüttel zur Durchsetzung von Kürzungspolitik, Sozialabbau, Ausbildungs- und Arbeitsplatzvermichtung durch Stellenabbau im öffentlichen Dienst. In ganz Europa zieht sich der Staat aus dem Gesundheits- und Bildungswesen zurück. Öffentliche Aufgaben werden privatisiert. Privatisebedingungen bei der Telekommunikation und der Post bedeuten schlechtere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, schlechteren Service für die Verbraucher.

Seit 1997 ist eine EU-Richtlinie zur Schaffung eines gemeinsamen Energiemärktes in Kraft. Die kommunalen Energieversorgungsunternehmen sollen dem „Wettbewerb“ unterworfen werden. Ein Drittel aller Arbeitsplätze in diesem Bereich ist in Gefahr. Die bisher in den Gemeinden übliche Quertfinanzierung der defizitären Verkehrsnetze mit Überschüssen aus städtischen Energieversorgungsunternehmen wird aufgebrochen. Folge: Die Unternehmen bekommen billigeren Strom, die breite Masse zahlt höhere Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr. Die Bundesbahn soll durch Streckenstilllegungen, Fahrpreiserhöhungen und durch den Abbau von 100.000 Stellen für den Börsengang fit gemacht werden. Die Serie von Unfällen bei der Bahn ist eine Folge von Arbeitsüberlastung und Einsparungen bei der Sicherheit. Gleichzeitig werden die Straßen durch die Liberalisierung der Verkehrsmärkte noch unsicherer. LKW-Unfälle durch Übermüdung steigt.

Ein EUROpa der Arbeitslosigkeit

20 Millionen Arbeitslose gibt es in Europa. Zum Vergleich: die Niederlande haben 15 Millionen Einwohner. Alarmierend sind die steigenden Zahlen bei der Jugendarbeitslosigkeit. 21 Prozent der Jugendlichen in den EU-Staaten sind arbeitslos gemeldet. In Frankreich, Italien, Finnland und Griechenland sind es 30 Prozent, in Spanien sogar fast 40 Prozent. Auch in Deutschland gibt es Jahr für Jahr einen Ausbildungsplatzmangel. Aus dem Gesamtarbeitsmarkt der EU von 165 Milliarden DM werden nur 295 Millionen DM für Beschäftigungsprogramme zur Verfügung gestellt.

Ein EUROpa gegen Frauen

Von Arbeitslosigkeit und Armut in Europa sind Frauen besonders betroffen. Flexible, deregulierte Arbeitsplätze werden hauptsächlich mit Frauen besetzt. An 85 Prozent der Teilzeitarbeitsplätze in Europa arbeiten Frauen. Zur Veränderung des Arbeitsmarktes hat die EG-Kommission schon 1989 eingeführt, „kürzere Lautezeiten im Produktionsprozess haben Bedarf an anpassungsfähigen, flexiblen Arbeitskräften geschaffen. Es werden verschiedene Formen atypischer Beschäftigungen gefördert, und oft sind weibliche Arbeitskräfte die Antwort.“

„Der Euro ist da“, lachte es Anfang Januar von allen Plakaten. Die „Europahör“ schlug bald um. Konflikte zwischen den EURO-Mitgliedsstaaten über die Agenda 2000 brachen auf. Die gesamte EU-Kommission mußte wegen Korruptionsaffären zurücktreten. Der EU-Gipfel in Berlin mußte zum Krisengipfel umfunktioniert werden und konnte mit Ach und Krach zu Ende gebracht werden. Die deutsch-französischen Beziehungen sind angespannt. Der Euro lahm. Nun gibt es auch noch Krieg in Europa, der dazu dient westeuropäische Machthaber durchzusetzen. Nicht den Flüchtlingen in Kosovo wird so geholfen, sondern ein neues Flüchtlingselend geschaffen. Für tausende Jugoslawen wird mit dem Nato-Angriff die Lebensgrundlage zerstört.

Die SAV (Sozialistische Alternative) ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationalen /CWl-committee for a workers international). Das CWl kämpft in über 30 Ländern gegen Krieg und kapitalistische Zerstörung, gegen Arbeitslosigkeit, Billigjobs und Sozialabbau. Das CWl lehnt den Euro und das Europa der Banken und Konzerne ab und stellt diesem den gemeinsamen internationalen Gegenwehr und die Alternative eines sozialistischen Europas entgegen.

Schröder stößt ins nationalistische Horn mit der Forderung nach niedrigeren Beitragsszahlungen für Deutschland, dem „größten Nettozahler“. Aber der größte Nettozahler, das sind die arbeitenden und arbeitslosen Menschen in ganz Europa.

Kim Opgenoorth

Ein EUROpa gegen die Jugend

Staatliche Beschäftigungsprogramme für Jugendliche werden benutzt, um Billiglöhne durchzusetzen. In Frankreich wurden zum Beispiel in einem Jobprogramm 10.000 Jugendliche in irgendwelche Maßnahmen gedrückt. Die Jobs waren befristet ohne Perspektive und vor allen Dingen unterbezahlt. Auch in Deutschland funktioniert das „Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit“ der Regierung nach dem Prinzip: Wenig Geld oder gar kein Geld. Jugendliche, die müssig sind, müssen wollen, müssen damit rechnen, daß ihnen die Sozialhilfe gekürzt wird. Das Zwei-Milliarden-Programm wird übrigens mit 600 Millionen DM aus dem europäischen Sozialfond von der EU gefördert. Diese Subventionen gehen direkt an Unternehmer in Deutschland.

Ein EUROpa des Rassismus

Das Recht auf Asyl wurde mit dem Schengen-Abkommen (siehe Kasten) faktisch abgeschafft. Mehr als 70 Maßnahmen wurden in den letzten 5 Jahren von der EU beschlossen, um Flüchtlingen den Weg zu versperrern. Allein von 1995 bis 1997 wurden eine halbe Million Menschen aus der EU abgeschoben. Die Regierungen in allen EU-Staaten spielen die rassistische Karte um von ihrer unsozialen Politik abzulenken. Rechteextreme in ganz Europa können in diesem Klima gut ihr Unwesen treiben.

Ein EUROpa für Krieg und Aufrüstung

Die EU-Staaten unterstützen Militärdiktaturen in aller Welt und führen notfalls selbst Krieg, wie im Falle Jugoslawiens. Milliarden werden dort in die Luft geblasen. Für das Eurofighter-Projekt werden von den beteiligten Staaten rund 110 Milliarden DM ausgegeben. Das ist mehr als die gesamte Grundversorgung mit Wasser, Gesundheitsfürsorge und Bildung in einem Jahr weltweit kosten würde.

„Das beste Konzept von Arbeitereinheit ist Internationalismus. Den Internationalismus zu entwickeln führt zum Bruch mit dem rassistischem und chauvinistischem Konzept der „Festung Europa“. Europa (EU) ist von den Kapitalisten geschaffen um ihre Interessen gegenüber den amerikanischen und japanischen Bossen zu verteidigen. Dies ist kein soziales Europa, weil es entwickelt wurde um die Arbeiter in der dritten Welt auszubeuten. Der richtige Name für das jetzige Europa ist „Europa des Kapitals“.

Stellungnahme der Bewegung zur Erneuerung der Gewerkschaften. Der Text wurde im Oktober 1997 von den Arbeitern von Forges de Clabecq und Gewerkschaftsfunktionären aus ganz Belgien aufgesetzt.

Schengener Abkommen

Das Schengener Abkommen regelt die Abschaffung der Binnengrenzen zwischen den 13 EU-Staaten und eine gemeinsame Visa-, Asyl- und Polizeipolitik. Dafür werden die Personen- und Warenkontrollen an den Außengrenzen verschärft. In Deutschland können Reisende inzwischen auch an allen Bahnhöfen ohne Verwehrenschein vom Bundesgrenzschutz kontrolliert werden. Asylanträge werden vom Einreiseland beurteilt und von allen anderen Staaten akzeptiert. Ein Zentralcomputer speichert alle Fahndungsdaten in Europa. Polizeisten dürfen Fahndungsbefehle unter Umständen bis zu sechs Stunden lang im Nachbarland weiterverfolgen und festnehmen.

Rollt der EURO oder bricht er?

Die Einführung des Euros wurde am 01. Januar 1999 begonnen. Die einzelnen Staaten haben ihre Währungspolitik an die Europäische Zentralbank (EZB) übergeben. Würde in den nächsten drei Jahren eine einheitliche europäische Finanzpolitik durchgefallen, dann wäre der Euro ab dem 01.01.2002 alternatives Zahlungsmittel in Europa. Dies ist extrem unwahrscheinlich. Einerseits bleibt mit dem Euro ein einheitlicher Finanz- und Binnenmarkt geschaffen werden, andererseits bleiben die Nationalstaaten bestehen. Dies ist ein Widerspruch, der die Währungsunion vor eine Zerreißprobe stellen wird, die sie nicht bestehen kann.

Alle Währungsunionen in der Geschichte sind bisher zerbrochen, wenn sie nicht auch eine staatliche Vereinigung zur Folge hatten.

Ein in einem Staat vereinigt kapitalistisches Europa ist unmöglich weil Kapitalismus Konkurrenzkampf bedeutet. Konkurrenz zwischen Unternehmen und zwischen den Staaten. Und dieser Konkurrenzkampf wird in den nächsten Jahren noch schärfer werden. Die Nationalstaaten verteidigen dabei auf der ganzen Welt die Interessen der jeweiligen nationalen herrschenden Klasse. Wenn dem nicht so wäre, hätten schon längst alle Grenzen abgeschafft werden und eine Weltwährung und eine Weltregierung geschaffen werden können. Dies ist jedoch im Konkurrenzsystem Kapitalismus utopisch.

Die innereuropäischen Konflikte, wie zum Beispiel über die Agenda 2000 werden sich je näher sich Europa in Richtung Rezession bewegt, verschärfen. Der Kapitalismus befindet sich im Niedergang. Selbst in Zeiten von Wirtschaftswachstum ist er nicht mehr in der Lage grundsätzliche Probleme wie Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Das Auseinanderbrechen der Europäischen Währungsunion könnte so aussehen, daß wieder Wechselkursspannen eingeführt werden und der Euro, wie der alte ECU die Funktion einer Verrechnungseinheit übernimmt, oder daß zum Beispiel nur die DM-Zone (Beliebige Staaten und Österreich) den Scheitern überlebt.

Anlieferung für

Arbeitslosen-schlängen in ganz Europa

Gegen das EUROPA des Kapitals

Ein EUROPA gegen Demokratie

Die Europäische Zentralbank (EZB) soll über die Preisstabilität in den 11 Mitgliedsstaaten wachen. Sie kann als Einzige währungspolitische Maßnahmen ergreifen. Sie ist dabei von niemandem gewählt und nur dem Kapital verpflichtet. Über die Europäische Kommission schrieb der Kölner Stadt-Anzeiger nach deren Rücktritt: „Künftige Britischer Kommissare werden nicht mehr wie Duodezfirmen regieren können, abgeschnitten von einer Schaar handverlesener Beamter und ohne jede Kontrolle.“ Unklar ist, worauf sich dieser Optimismus gründet, klar ist dagegen das Eingeständnis, daß dieses Gremium, das über die Belange von 370 Millionen EU-Bürgern entscheidet, in Sachen Demokratie im Mittelalter steht.

Ein EUROPA gegen Umwelt und Gesundheit

Unter dem Deckmantel Entwicklungshilfe werden mit EU-Geldern Regenwälder abgeholzt. Brüssel, die „Hauptstadt Europas“ reinigt ihre Abwässer nicht, sondern läßt sie vollkommen ungeklärt über den Fluß, die Zenne, in die Nordsee fließen.

Martin Bangemann, inzwischen zurückgetretene, deutsches Mitglied der EU- Kommission kämpfte erst für die Zulassung von gemannipulierten Produkten und dann gegen deren Kennzeichnungspflicht. Heraus kam eine Kennzeichnungspflicht bei der der Verbraucher am Ende nicht sicher weiß, ob er getrennsicher veränderte Lebensmittel im Einkaufswagen hat oder nicht. Über den Umgang der EU mit der Rinderseuche BSE schreibt der Spiegel: „Die Ablehnung des jetzigen Agrarkommissars steuerte seit 1990 eine beispielhafte Kampagne zur Verunsicherung der Rinderseuche BSE.“ (Ausgabe 12/1999). Bis 1998 starben 27 Menschen in Großbritannien und Frankreich an der neuartigen Variante der Creutzfeld-Jakob-Krankheit (CJK), die auf den Verzehr von BSE-Fleisch zurückgeführt wird.

Ein EUROPA gegen die „3. Welt“

Die Europäische Union zwingt mit ihrer ökonomischen Macht, Länder in der sogenannten 3. Welt ihre Märkte für europäische Konzerne zu öffnen und erschwert gleichzeitig mit hohen Zöllen, zum Beispiel auf landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Chile, diesen Ländern den Zugang zum europäischen Markt. Ähnliches hat die Zollunion mit der Türkei bewirkt. „Diese Zollunion wird in erster Linie für die Europäische Union von Vorteil sein. In der Türkei hingegen ist zunächst mit negativen Auswirkungen zu rechnen...“ aus der Stellungnahme des EU-Ausschusses für die Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten über die Zollunion 1996.

Ein EUROPA der Korruption:

Veternwirtschaft, Betrug und Fehlleitung von Subventionen lauten die nachgewiesenen Vorwürfe gegen die EU-Kommission die den Rücktritt des gesamten Gremiums ausgelöst haben. Das deutsche Kommissionsmitglied und ehemalige ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies, mit einem Jahresgehalt von 300.000 DM, wird durch den Untersuchungsbereich zwar belastet, für eine Rücktritt reicht dieser „Verfahrensfehler“ nach ihrem „eigenen Empfinden“ jedoch nicht aus. Auch Jaques Santer, Ex-Kommissionspräsident meint, daß man viele der Kommissare wieder in die Kommission holen sollte. „Auf diese Erfahrung kann man natürlich nicht ganz verzichten“ und weiter: „Was wir angepackt haben machen wir zunächst, auch einmal weiter...“. In der Tat, diese Leute werden so lange so weiter machen, wie wir sie lassen.

Ein EUROPA mit Osterweiterung?

Bei den Verhandlungen mit ost- und mitteleuropäischen Ländern sind einige Staaten (Zypern, Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Estland und Slowenien) zwar zu fortgeschrittenen Kandidaten deklariert worden, Zeitangaben werden jedoch tumlichtest vermieden. Mit der Perspektive, der EU beitreten zu dürfen, werden der Bevölkerung in diesen Staaten schmerzhaft „Reformen“ abverlangt, wie der Ausverkauf der Infrastruktur an westeuropäische Konzerne, von der Telekommunikations-, über die Energiebranche bis zu den Banken. Vor allem deutsche Konzerne haben daran ein Interesse. „Die Übernahme des EU-Gemeinschaftsrechts wird so zu einem zweifelhaften Instrument zur Öffnung der mittel- und osteuropäischen Märkte für ausländisches Kapital, dem die regionale Entwicklung, wie man leicht ahnen kann, nicht unbedingte am Herzen liegt.“ (Je monde diplomatique, Februar 1999).

Wie könnte ein sozialistisches Europa aussehen?

Welcher Sozialismus hat nichts mit dem untergegangenen stalinistischen System in Osteuropa zu tun. Sozialismus heißt wieder Diktatur einer Bürokratie noch Diktatur von Banken und Konzernen. Wir brauchen eine Gesellschaft, die Selbst macht mit dem kapitalistischen Chaos. Ein sozialistischer Produktionsplan, auf nationaler, wie europäischer Ebene würde die Möglichkeit schaffen in Harmonie mit Natur und Umwelt, entsprechend der Bedürfnisse der Menschen zu produzieren.

In einem sozialistischen Europa würde man statt der Massentierhaltung, mit Hormonfleisch und BSE- Skandal, eine nachhaltige, ökologische Landwirtschaft betreiben, weil es das Ziel wäre, gesunde Nahrungsmittel in einer gesunden Umwelt zu produzieren statt Profit zu machen.

Statt LKW-Lawine würde der Güterverkehr konsequent auf die Schiene verlagert. Statt Subventionen an die Automobilindustrie könnte Geld für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs fließen. Ein sozialistisches Europa würde Fischlagersachen, nicht die Fluchtlinge bekämpfen. Es würde die Arbeiterbewegung in anderen Ländern im Kampf um höhere Löhne unterstützen statt den Weltlauf um schlechtere Löhne zu forcieren. Das wäre nicht ein „etwas besseres“ Europa, sondern ein radikal anderes. Europa, in dem Schlutt wäre mit dem Wahnsinn der Arbeitslosigkeit, der Umweltzerstörung, der Rüstungs-

Internationale Gegenwehr

1997 gab es den ersten internationalen Streik in sieben verschiedenen europäischen Ländern gegen die Schließung des Renault-Werkes im belgischen Vihwoorde. Obwohl der spanische Renault-Arbeiter der Bau eines neuen Werkes versprochen wurde, kam es zu einer großen Solidarität. Wenn dieser Streik zum Ausgangspunkt für eine wirkliche europaweite Kampagne zur Rettung von Jobs in der Automobilindustrie insgesamt genutzt werden wäre, hätte der Kampf gewonnen werden können. Die Abwesenheit einer alternativen Strategie den Kampf weiterzuführen, schaffte für die neue „sozialistische“ Regierung in Frankreich trotz allem die Möglichkeit, die Schließung der Fabrik durchzuführen.

Bei zukünftigen Kämpfen, egal ob in der Automobil- oder einer andern Branche, müßten europaweite Streiks, Blockaden, Aktionsstage organisiert werden. Gewählte Vertreter der Belegschaften aus Betrieben in den verschiedenen Ländern müssen Kontakt aufnehmen, Diskussionen führen und gemeinsame Aktionen organisieren. Ein Netzwerk von kämpferischen Gewerkschaftsaktivisten muß aufgebaut werden.

Für die derzeitigen Gewerkschaftsführer ist Internationalismus meist nur ein Lippenbeteuer mühen internationale Solidarität selbst organisieren. Aber sie schaffen es, mit Es gab in vielen verschiedenen Ländern Solidaritätsaktionen. Auch wenn diese Kämpfe letztendlich nicht gewonnen wurden, sind sie doch Beispiele, daß praktische internationale Solidarität der richtige Weg im Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und Lohndumping ist.

1997 demonstrierten 50.000 Gewerkschafter, Arbeitslose und Jugendliche in Amsterdam gegen den EU-Gipfel. Diese erfolgreiche Demo zwang den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) Ende des Jahres eine internationale Demo in Luxemburg gegen einen weiteren EU- Gipfel zu organisieren - mehrere 10.000 Arbeiter folgten diesem Aufruf. Im September 1998 organisierten EKW-Fahrer einen europaweiten Aktionstag unter dem Motto „Übermüdung tödelt“. Im gleichen Jahr gab es einen gemeinsamen Streik von geplanten Verschiebungen der Arbeitsbedingungen zu der die deutsche Eisenbahngesellschaft GdED allerdings nicht auftrat.

Im Kampf für Rechte von Flüchtlingen hat sich die Selbsthilfeorganisation „sans papiers“ in Frankreich einen Namen gemacht. Es gibt zum ersten Mal auch in anderen Ländern eigenständige Organisationsformen von Flüchtlingen.

Hauptfaktor für die katastrophale Politik der Gewerkschaftsspitzen in den meisten europäischen Ländern ist deren Knechtall vor dem kapitalistischen System. Wer die Marktwirtschaft akzeptiert, muß die Standortpolitik, den Euro und die Globalisierung keine erfolgreichen Kämpfe führen.

Trotz der brennenden Rolle die viele Gewerkschaftsleitungen in den verschiedenen Ländern spielen, ist es aber zu mehr internationalen Kämpfen als in der Vergangenheit gekommen. Die Aufgabe von SozialistInnen ist es, in diesem Prozeß sozialistische Ideen wieder in die Arbeiterbewegung hineinzugetragen. Das CWI tritt dafür ein, die verschiedenen Oppositionsbewegungen in betrieblichen, wie sozialen Fragen zusammenzubringen und zu vernetzen. Protestbewegungen werden zunehmen. Die Bewegungen in den letzten Jahren in Frankreich, Belgien, Italien, Dänemark, Deutschland und anderen Ländern sind die Vorboten der kommenden Zeit. Es ist notwendig, die Vorstellung einer Sozialistischen Alternative zum kapitalistischen Profitsystem zu verbreiten. Sozialistische Arbeiterparteien müssen in allen europäischen Ländern aufgebaut werden und zu einer starken sozialistischen Masseninternationale zusammengeführt werden.

Europawahlen - das CWI tritt an.

Im Gegensatz zu dem Großteil der jetzigen Europabewerbdenden, stellt das CWI KandidatInnen auf, die nur einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn bekommen. Der Rest der Daten wird für die Partei oder für Arbeitskämpfe und soziale Bewegungen gespendet. In Irland wird Joe Higgins, Mitglied der Socialist Party, in Dublin West kandidieren. Er ist Abgeordneter im irischen Parlament und wird in der Presse als „die Opposition“ beschreiben. Die schwedische Schwesterpartei der SAU, Rättsvapärer Socialisterna, (sozialistische Gewerkschaftspartei) wird landesweit antreten, in England und Wales treten wir auf gemeinsamen Listen mit anderen linken Kräften an. In Schottland kandidieren CWI-Mitglieder für die SSP (Scottish Socialist Party) und im französischsprachigen Teil Belgiens, der Wallonie, stehen CWI-Mitglieder auf einer Arbeiterliste, die von Aktivisten von Clabreg angeführt wird, die im letzten Jahr einen bedeutenden und erfolgreichen Kampf um ihre Arbeitsplätze geführt haben. In anderen Ländern unterstützen wir kritischen linken Parteien, die zu einem gewissen Anziehungspunkt für den Widerstand gegen das Europa der Konzerne werden könnten, wie zum Beispiel die PDS in Deutschland, die RC (Rifondazione Comunista) in Italien, die Izquierda Unida in Spanien und die gemeinsame Liste von LO (Lutte ouvrière) und LCR (Ligue communiste révolutionnaire) in Frankreich.

Forderungen des CWI:

- Arbeiterlohn für Arbeitervertreter
- Jobs und soziale Sicherheit
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Existenzsicherung für alle
- massive öffentliche Ausgaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnen und Transport
- Weg mit dem Scheingener Abkommen, Schluß mit der Kriminalisierung von Flüchtlingen
- Für eine demokratische und kämpferische Gewerkschaftsbewegung
- Aufhebung der Geschäftsgeheimnisse und Öffnung der Bücher, Offenlegung des Verbleibs der Rekordprofite der letzten Jahre und der Pläne für die Zukunft
- Weg mit den Unsicherheiten und dem Chaos des kapitalistischen Marktes. Demokratische Planung der Wirtschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung. Überführung der Großkonzerne in öffentliches Eigentum
- Für ein sozialistisches Europa

Ein demokratisches Nigeria?

Nationale Konflikte und Arbeiterbewegung nach den Präsidentschaftswahlen



Gründungsversammlung der Demokratisch-Sozialistischen Bewegung in Lagos.

Die Präsidentschaftswahlen in Nigeria wurden in den Medien als ein wichtiger Schritt bei der Wiederherstellung von „Demokratie“ in Afrikas größtem Staat dargestellt. Aber Nigeria ist nicht wirklich auf dem Weg zu einer Demokratie und seine Zukunft ist alles andere als sicher.

James Long, Korrespondent in Lagos

Am 4. Juni 1998 kam es zu den größten landesweiten Protesten seit den Ölarbeiterstreiks 1994. Vier Tage später starb der Militärdiktator „General“ Abacha unter mysteriösen Umständen und wurde durch den derzeitigen Militärherrscher, General Abubakar, ersetzt. Einen Monat später starb der Sieger der annullierten Präsidentschaftswahlen von 1993, Abiola, plötzlich im Gefängnis. Diese beiden Todesfälle öffneten den Weg für einen kontrollierten Rückzug Abubakars, der mit begrenzten Reformen von oben einherging. Damit sollte eine Revolution von unten vermieden werden.

Nationale Konflikte

Seit der „Unabhängigkeit“ Nigerias wurde das Land von einem Teil der herrschenden Elite regiert, die aus dem Norden stammt und zu den Hausa-Fulani gehört. Diese Dominanz führte zu wachsenden nationalen Spannungen vor allem zwischen den Hausa-Fulani und den im Süden lebenden Yoruba. Zum Ende des letzten Jahres hin hatte die Mehrheit der aus dem Norden stammenden Elite verstanden, daß sie zumindest öffentlich beiseite treten müssen, um ein Auseinanderbrechen des Staates zu verhindern. Das bedeutete, daß ein Yoruba-Präsident werden sollte. Während dies beschlossen wurde, wurden gleichzeitig verstärkt Schlüsselpositionen im Staats- und Militärapparat an Hausa-Fulani vergeben.

Präsidentschaftswahlen

Die beiden Kandidaten Obasanjo und Falae, die für die Präsidentschaftswahlen antraten, waren beide Yoruba und waren beide unter Abacha wegen begrenzter Opposition zum Regime im Gefängnis gewesen. Aber aus der Sicht der Elite der Hausa-Fulani waren sie kein Risiko. Obasanjo war zwischen 1976 und 1979 selber Militär-

war Finanzminister in Babangidas Militärregime in den 80er Jahren.

Beide Kandidaten versprachen Wohlstand für die Massen ohne einen Weg aufzuzeigen, wie dieser zu erreichen ist. Zum ersten Mal bei Wahlen in Nigeria stimmten alle Kandidaten in ihrer Wirtschaftspolitik überein. Vor allem der unterlegene Kandidat Falae betonte seine Unterstützung für den freien Markt und forderte immer wieder Privatisierungen.

Wirtschaftliche Lage

Das durchschnittliche Jahreseinkommen der geschätzten 120 Millionen NigerianerInnen ist von 1000 Dollar in den frühen 80er Jahren auf ca. 230 Dollar gefallen. Offiziell leben 60 Prozent der Bevölkerung in Armut. Die wenige verarbeitende Industrie in Nigeria nutzte Mitte 1998 nur 28 Prozent ihrer Kapazitäten aus, was nicht in Betracht zieht, daß der Großteil der Anlagen veraltet ist. Obwohl Nigeria der zwölftgrößte Ölproduzent der Welt ist, gibt es im Land seit Jahren eine Benzinknappheit und „die Verteilung des wengigen vorhandenen Benzins ist in den Händen von Soldaten und ihren Freunden“ (Financial Times, 2. 3. 99). Die Elektrizitätsversorgung fällt oft für Tage, Wochen oder sogar Monate aus. Die sowieso schon schlechte wirtschaftliche Lage verschlechterte sich noch durch den Fall der Ölpreise. Einnahmen aus dem Ölexport fielen alleine zwischen 1997 und 1998 um 14,9 Milliarden Dollar auf 9,3 Milliarden Dollar. Der internationale Währungsfonds (IWF) erwartet für Nigeria einen möglichen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 10 Prozent für 1999 und einen Fall der Exporte um 7,9 Milliarden Dollar. Das bedeutet, daß die Aussichten für Stabilität sehr schlecht sind, vor allem wenn eine zu erwartende Weltwirtschaftsrezession und Deflation die Rohstoffpreise weiter drückt.

Freie Wahlen?

Das ist der Hintergrund, warum die „Demokratisierung“ so vorsichtig auf den Weg gebracht wurde. Dazu schrieb das Wall Street Journal: „Abubakar hat den Wahlprozeß rigoros kontrolliert und unabhängige Kandidaturen verboten. Das Militär weigert sich auch, eine neue Verfassung vor den Wahlen zu veröffentlichen. Kritiker sagen

die Wahlen gewinnt und dann entscheiden, welche Macht der Präsident haben soll. Tatsächlich hat das Militär letztlich die drei Parteien ausgesucht, die bei den Wahlen antreten durften. Mitte März gab es immer noch keine Verfassung für das zivile Regime, das am 29. Mai die Regierungsgeschäfte übernehmen soll. Das Militär hat wiederholt erklärt, daß es alleine über den Inhalt der Verfassung entscheiden wird.

Der Wahlkampf bestand zum großen Teil aus Bestechung und Wahlfälschung. Obasanjo hat laut Wall Street Journal alleine 30 Millionen Dollar ausgegeben, um von der Demokratischen Volkspartei als Kandidat aufgestellt zu werden. Der Lagos Guardian berichtete, daß Obasanjos Partei alleine 45 Millionen Dollar in den zehntägigen Wahlkampf ausgegeben habe – er berichtet nur nicht, wofür das Geld ausgegeben wurde. Bestechung ist so gut wie sicher die Antwort.

Arbeiterklasse

Auch wenn die Machtverhältnisse in Nigeria nicht grundlegend verändert wurden, gibt es bei der Masse der Bevölkerung das Gefühl, daß das Militär endlich die Macht abgibt. Es gibt eine überwältigende Sehnsucht der Massen, die das Militär abgelöst sehen wollen. Der Rückgang von Repressionen in den letzten neun Monaten hat schon zu einer freieren Atmosphäre und zu einer Wiederaufnahme von Kämpfen geführt. Die Einführung eines zivilen Regimes wird, zumindest in der ersten Phase, viel Furcht nehmen und der Arbeiter- und Jugendbewegung Möglichkeiten zum Wideraufbau geben. Es gibt in den letzten Monaten schon wichtige Entwicklungen in der Arbeiterbewegung. Im Herbst 1998 und im Februar 1999 gab es viele Streiks für die Erhöhung des Mindestlohnes. Zu Beginn versuchte das Militär, die Bewegung zu unterdrücken. Unter anderem wurde Ayodele Akele, Führer von 80.000 Arbeitern in Lagos, aufgrund seiner Mitgliedschaft in der „Demokratisch-Sozialistischen Bewegung“ (Schwestergeneration der SAV in Nigeria) entlassen. Aber diese Repressionsversuche scheiterten und die meisten Forderungen der Arbeiter wurden erreicht.

Aussichten

Nigerianer

Wenn diese nicht den Kampf gegen den weiteren Niedergang der nigerianischen Gesellschaft aufnimmt, werden sich brutale ethnische Konflikte entwickeln, an denen das Land auseinanderbrechen kann. In dieser Situation kommt der Demokratisch-Sozialistischen Bewegung (DSM) eine Schlüsselrolle zu. Ihre Position im Kampf der Staatsangestellten in Lagos, in anderen Gewerkschaften und der Studierendenbewegung ist ein Zeichen des Einflusses, den sie gewinnen kann, was auch schon in der staatlichen Verfolgung von DSM Mitgliedern deutlich wird.

Österreich: Haider auf dem Weg zur Macht?

Bei der Landtagswahl im österreichischen Bundesstaat Kärnten am 7. März 1999 siegte die rechtsextreme populistisch agierende FPÖ mit 42 Prozent der Stimmen, einem Plus von fast 9 Prozent, während die sozialdemokratische SPÖ und die konservative ÖVP deutlich verloren. FPÖ-Chef Haider wird nun voraussichtlich zum Landeshauptmann gewählt werden. VORAN dokumentiert Auszüge einer Resolution der Sozialistischen Offensive VORWÄRTS (Schwestergeneration der SAV in Österreich):

1. Das Kärntner Ergebnis ist vor allem ein Ausdruck folgender zentraler Entwicklungspunkte:
 - der ökonomischen und sozialen Krisen
 - dem wachsenden Haß gegen etablierte Parteien
 - der wachsenden gesellschaftlichen und politischen Polarisierung.
2. Der Dreh und Angelpunkt unserer Analyse ist die Rolle der SPÖ, die seit 1945 die stärkste Partei in Kärnten war und über vier Jahrzehnte „absolut“ regierte. Die Kärntner SPÖ trieb in ihrer „besten Zeit“ (von der Mitte der 60er bis in die 80er Jahre) die negativsten politischen Elemente, die die „klassische“ Sozialdemokratie kennzeichneten, auf die Spitze: Korruption, Vetternwirtschaft, autoritäre Führung und politische Entmündigung der Basis, Offenheit gegenüber dem rechten
3. Auf der anderen Seite war ein Faktor in Kärnten ebenfalls besonders stark ausgeprägt: Jenner der rechtsextremen (Protest-)Partei in Form der FPÖ. Wenn man davon ausgeht, daß eine wesentliche Voraussetzung für den Aufstieg der FPÖ zur stärksten rechtsextremen Kraft Europas, das Vorhandensein einer über Jahrzehnte gewachsenen Struktur, professionelle politische Erfahrung, Geld und Funktionsapparat war, dann trifft dieser Punkt auf Kärnten besonders zu.
4. Das Aufeinanderprallen dieser beiden in Kärnten extrem ausgeprägten (bundes-)politischen Faktoren – der Wandlungsprozeß der Sozialdemokratie und das Vorhandensein einer rechtsextremen „Alternativen“ drückt sich nicht nur in diesem Wahlergebnis, sondern auch in den Wählerstromanalysen aus:
 - Von 31.000 Stimmen, die die SPÖ verlor, gingen 26.000 direkt an die FPÖ und 5000 an die Nichtwähler. Umgekehrt gewann die FPÖ aus dem bürgerlichen Lager nur 8000 Stimmen und verlor ebensoviel an die Nichtwähler.
 - 5. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, mit welchen Themen die FPÖ (ehemalige SPÖ-Wähler und damit die Wahl im zweitärmsten Bundesland gewann: Billigere Strompreise, günstige Mietten, mehr Geld für die Kinder und Familien.
6. Politisch bedeutet dieshaupmann Haider einen Schub nach rechts und Realpolitik und damit eine Realpolitik und damit eine Realpolitik und damit eine Realpolitik für die ArbeiterInnen.
7. Es gilt sich jüdische Landeshauptmann Haider anzusehen. Ob Haider durch seine eigene Politik, entzogen werden wird oder nicht, FPÖ weiter steigen kann, nicht hängt vor allem von dem Widerstand und von

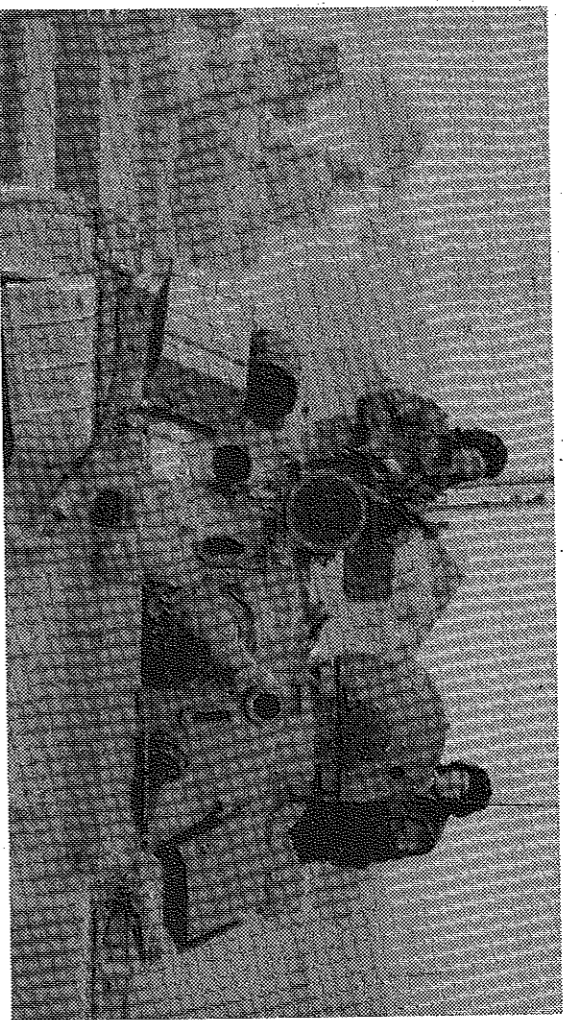
Socialist Democrat
NS-200 MINIMUM WAGE
Reinstate Akele
Build A Nation-Workers Movement

Auszüge aus dem Programm Democratic Socialist Movement

- ★ Anhebung des Mindestlohns
- ★ Freiheit für alle politischen Gefangenen
- ★ Öffentliches Investitionsprogramm für die Verknüpfung mit Strom, Wasser, Wohnungen und einem Gesundheitswesen, das den Kranken hilft
- ★ Keine Privatisierungen, Streichung der Auslandsden
- ★ Für eine Mehrpartei-Demokratie ohne Kontrolle der Kandidaten bei Wahlen
- ★ Für eine demokratisch gewählte Verfassunggebende Versammlung, die die Arbeiterklasse und die Bauern Nigerias repräsentiert
- ★ Für das Recht aller Nationen auf Selbstbestimmung
- ★ Für den Aufbau einer Massenpartei des arbeitslosen Volkes auf der Grundlage sozialistischer Politik
- ★ Für eine Regierung der Arbeiter und armen Bauern der Grundlage eines sozialistischen Programms
- ★ Für ein sozialistisches Nigeria als Teil einer Sozialistischen Föderation Afrikas als ein Schritt zu einer sozialistischen Welt

Wie weiter auf dem Balkan?

Anhaltende Kriege oder Sozialismus



18.000 Soldaten Rest-Jugoslawiens sind im Kosovo stationiert und verhindern die Selbstbestimmung der albanischen Bevölkerungsmehrheit.

Viele Menschen stimmen dem Bombenangriff auf Jugoslawien zähneknirschend zu, denn sie glauben der Bundesregierung, daß dies die einzige Möglichkeit sei, dem Grauen im Kosovo Einhalt zu gebieten. Der Grüne Winfried Nachwei sagte: „Wir hatten die Wahl zwischen einem traglichen Übel und einem unerfüllt und pragmatisch – ist aber falsch und gefährlich.“

Vlado Bacic, Köln und Wolfram Klein, Stuttgart

Das Eingreifen der NATO im Kosovo wird unter anderem damit begründet, daß so der Bürgerkrieg in Bosnien beendet

worden sei. Es wird behauptet, ein früheres Eingreifen dort hätte den Tod vieler tausend Menschen verhindern können. Das stimmt nicht. Der Krieg in Bosnien wurde beendet, weil ein militärisches Pat bestand. Die Erschöpfung der Kriegsparteien und die Tatsache, daß die „ethnischen Säuberungen“ weitgehend vollzogen waren – und damit die Kriegsziele vor allem der Serben und Kroaten erreicht waren – war die Grundlage des „Friedens“, der nicht mehr ist als eine Friedhofsrube. Ein friedliches Zusammenleben der Nationalitäten wurde nicht erreicht, die „ethnischen Säuberungen“ wurden festgeschrieben und Bosnien de facto geteilt.

Unerklärter Ausnahmezustand

Die Türkei vor den Wahlen

Die türkische Staatsführung hat den eisernen Griff des Militärs verstärkt. Über 10.000 Menschen sind seit der Entführung des PKK-Vorsitzenden Ocalan festgenommen worden, vor allem Unterstützer der kurdischen Partei HADEP.

Claus Ludwig, Köln

Soldaten gehen in die Dörfer und drohen mit deren Vernichtung, wenn die Bevölkerung bei den Wahlen am 18. April die HADEP wählen sollte. Die Unterdrückung richtet sich nicht allein gegen Kurden. Die Büros der linken Zeitungen „Dayanisma“ („Solidarität“) und „Atılım“ („Initiative“) wurden von der Polizei gestürmt und 56 Personen festgenommen. Der Gewerkschafter Süleyman Yeter wurde in der Polizeihaft zu Tode gefoltert.

Der Staat ermunigt Aktionen von rechtsextremen Gruppen wie den „Grauen Wölfen“. Zusammen mit Zivilpolizisten demonstrieren sie den „Volkszorn“ gegen die Anwälte von Ocalan und bedrohen diese.

Die Ankündigung der europäischen Regierungen, sich für einen fairen Prozeß Ocalsan einzusetzen und - ihre Mahnungen an Ankara sind eine Farce. Die Bundesregierung hat der Lieferung von U-Booten an die Türkei zugestimmt. Auch die türkische Bestellung von 200 Spür- und Transportpanzern des Typs „Fuchs“ wird von der Bundesregierung erwogen.

Soziale Krise

Das Militär und die herrschende Klasse wollen den nationalistischen Taumel für die Wahlen reinretzen, um die Stimmzahl der reinretzenen bürgerlichen Par-

Die Bombenangriffe werden nur zu mehr Toten, Elend und Zerstörung führen. Es ist nicht auszuschließen, daß die NATO über Wochen bombardieren wird. Das wird hunderte und tausende Todesopfer zur Folge haben. Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien kann einen Prozeß in Gang setzen, an dessen Ende die „ethnische Säuberung“ des Kosovo und eine Spaltung des Kosovo in einen albanischen und einen serbischen Teil steht. Für die große Mehrheit der 400.000 Flüchtlinge würde das bedeuten, daß sie nie wieder in ihren Städten und Dörfern leben werden. Für eine zukünftige serbische Minorität in einem UCK-dominierten Kosovo hieße das mit

geben den Herrschenden die Möglichkeit, den Keil zwischen türkischer und kurdischer Bevölkerung tiefer hineinzutreiben und isolieren die kurdische Bewegung, die Linke und die Arbeiterbewegung. Eine umfassende Diskussion über die Strategie der kurdischen Bewegung ist nötig. Der wichtigste potentielle Bündnispartner für das kurdische Volk ist die türkische Arbeiterklasse, die selber unter dem Regime zu leiden hat. Die kurdische Befreiungsbewegung braucht eine Strategie, wie die nationalistischen Arbeiterklasse aufgebracht werden kann. Die Aktivistinnen der Bewegung müssen sich die Frage stellen, wie es gelingen kann, die gemeinsamen Interessen von Arbeitnehmern und kleinen Bauern in den Vordergrund zu stellen. Dazu ist ein sozialer Kampf in der Westtürkei nötig, aber keine Anschläge, denen auch türkische Zivilisten zum Opfer fallen.

Anschlag in Istanbul

Seit der Entführung Ocalsan hat es mehr Brand- und Bombenanschläge gegeben. Beim schlimmsten Anschlag wurden 14 Menschen in einem Istanbul-Kaufhaus getötet. Die PKK hat erklärt, daß sie den Anschlag nicht verübt hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß solche Anschläge von staatlichen Provokateuren unternommen werden, um die anti-kurdische Stimmung anzukurbeln. Polizei, Militär und ihre Verbündeten in den faschistischen Gruppen und der Mafia kennen keine Skrupel. Wer immer diesen Mord durchgeführt hat, er hat dem Staat einen Vorwand für die Verfolgung von Kurden und Linken gegeben.

Während sich die PKK vom Anschlag in Istanbul distanzieren, kündigte sie gleichzeitig an, auch die Tourismus-Regionen seien jetzt Kriegsgebiet. Das wäre ein großer Fehler. Die Fortführung des bewaffneten Widerstandes gegen den Terror der türkischen Truppen in Kurdistan ist notwendig. Es wäre jedoch fatal, individuelle Ter-

großer Wahrscheinlichkeit, daß sie zur unterdrückten Minorität werden.

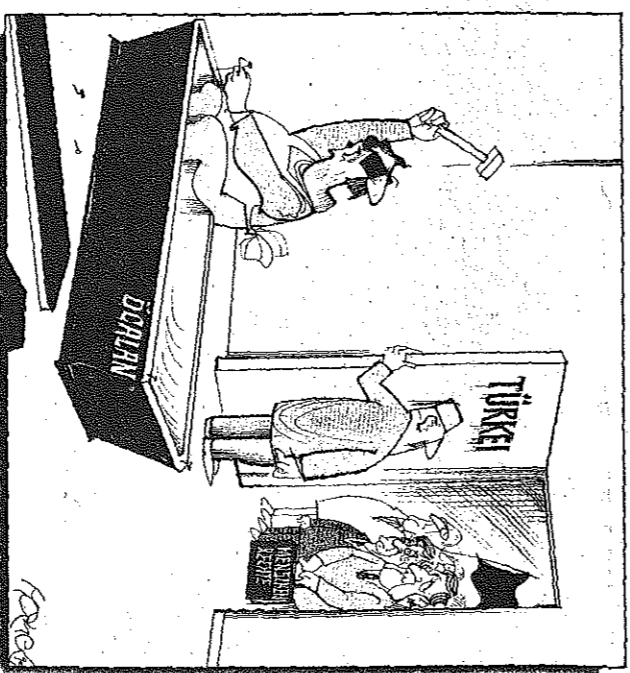
Ausweitung

Die Bombardierungen können eine Ausweitung des Krieges auf den gesamten Balkan herbeiführen. Die UCK könnte den bewaffneten Kampf in Westmazedonien, wo es eine große albanische Minorität gibt, aufnehmen. Auf Mazedonien erheben aber drei andere Staaten der Region Anspruch: Albanien, Griechenland und Bulgarien. Eine Kettenreaktion ist nicht auszuschließen, die bis zu militärischen Konflikten zwischen den NATO-Ländern Türkei und Griechenland führen kann. Wenn sich die NATO durchsetzt und es zu einer Stationierung von NATO-Bodentruppen im Kosovo kommt, wird die albanische Bevölkerung früher oder später merken, daß ihr das Selbstbestimmungsrecht weiter verweigert bleibt und sich nur die Uniformen der Unterdrücker geändert haben. Dies könnte zu einer Spaltung der UCK führen: in einen Teil, der mit dem Westen zusammenarbeitet und sich dadurch Privilegien und Posten erhofft und einen Teil, der den bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit des Kosovo gegen die NATO-Besatzer aufnimmt. Alle Szenarien führen nicht zu Frieden, sondern zu weiterer Vertiefung, Kriegen und Zerstörung.

Als das stalinistische Jugoslawien Ende der 80er Jahre in

die Krise geriet, kamen in den verschiedenen Teilrepubliken Cliquen an die Macht, die den Kapitalismus wieder einführen wollten und deshalb auf aggressiven Nationalismus setzten, um die Einheit der jugoslawischen Arbeiterklasse zu brechen. „Teile und herrsche“ war auch hier das altbewährte Motto. Zuvor haben die Völker Jugoslawiens fast 40 Jahre weitgehend friedlich miteinander gelebt. Die Einführung von Kapitalismus hat dem Balkan nur Hunger, Elend und Verwüstung gebracht. Um ihre Machtpositionen zu behaupten schrieben die herrschenden Klassen Nationalismus, betreiben „ethnische Säuberungen“, führen Kriege. Auf der Grundlage eines Wirtschaftssystems, daß auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen basiert, kann es für den Balkan keinen Weg zu Frieden und Freiheit geben. Über kurz oder lang werden sich die sozialen Fragen drängen. Im Kampf der ArbeiterInnen, armen Bauern und Jugendlichen im ehemaligen Jugoslawien gegen Armut, Arbeitslosigkeit und für soziale Gerechtigkeit wird die Chance liegen, die nationalistischen Regime zu stürzen und die Völker des Balkan in einer freiwilligen, sozialistischen Föderation wieder zusammenzuführen. Dies ist kein einfacher Weg. Aber es ist der einzige Weg, wirklich und dauerhaften Frieden und eine Zukunft für die Balkanvölker zu erreichen.

Köln, 27. 3. 99



»Sag ihnen, er bekommt seinen fatten Prozeß!«
Germangarten-Zeichnung: Walter Hanel

Großbritannien: Kandidatur-Verbot für Sozialistische Partei

Eine unglaubliche Entscheidung wurde im März von einer sozialdemokratisch geführten Parlamentskommission in Großbritannien gefällt: der Sozialistischen Partei (Schwesterpartei der SAV in Großbritannien) wurde das Recht aberkannt, unter ihrem Namen bei Wahlen anzutreten! Begründung: Angeblich gebe es eine Verwechslungsgefahr mit anderen sozialistischen Parteien. Der selbe Beschluß wurde für die Independent Labour Party (Unabhängige Labour Partei) gefällt. Dies ist der Versuch, Parteien links von der regierenden Labour Partei bei ihren demokratischen Rechten zu behinden. Die heutige Sozialistische

KurdInnen im Iran

Protestdemonstrationen von KurdInnen im iranischen Teil Kurdistans wurden im Februar brutal vom iranischen Staat niedergeschlagen. Am 22. Februar wurde in der Provinzhauptstadt Sanandaj ein Massaker an Demonstranten begangen. Ohne jegliche Vorwarnung wurde auf die Demonstration geschossen und dabei 20 Menschen getötet sowie über 300 verletzt. Über die Stadt wurde der militärische Ausnahmezustand verhängt. Die Protestbewegung im iranischen Teil Kurdistans richtet sich gegen die Verhaftungen und Unterdrückung von KurdInnen in der Türkei. Das kurdische Volk wird aber auch im Iran unterdrückt. 300.000 Soldaten und andere Sicherheitskräfte sind im iranischen Teil Kurdistans stationiert.

Österreich

Der sozialdemokratische Welsler Bürgermeister Klaus Bregartner hat Franz Breiter, ein Mitglied der Sozialistischen Offensive VORWÄRTS (SOV) verklagt. Dieser hatte ihn als rechtsextremistisch bezeichnet. Bregartner ist bekannt für seine engen Kontakte zu rechtsextremistischen Organisationen.

Protestbriefe mit der Forderung der Rücknahme der Anzeige und dem Rücktritt von Bregartner aus allen Funktionen bitte per Fax an: SOV, 0043-1-524631.

Knappes Wasser

Auf ins neue Jahrtausend: Nach einer Studie des Internationalen Instituts für Wasserwirtschaft wird ein Drittel der Weltbevölkerung in den nächsten 25 Jahren von ernstem Wasserknappheit bedroht sein. 17 Staaten müssen sich sogar auf „absoluten Wassermangel“ einstellen. Betroffen werden vor allem der Nahe Osten, Pakistan, Südafrika, Afghanistan sowie Teile Indiens und Chinas sein. Selbst in Europa, vor allem in Osteuropa, hat heute jeder siebte Mensch keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. In Osteuropa erleben Seuchen wie Cholera, Fleckfieber und Hepatitis A durch unsauberes Wasser wieder eine gesteigerte Verbreitung.

Kinder

130 Millionen Kinder können weltweit nicht zur Schule gehen. Weltweit sterben jährlich zwölf Millionen Kinder vor ihrem fünften Geburtstag. Über ein Drittel von ihnen erliegt Krankheiten wie Lungenerkrankung oder Durchfall, die problemlos medikamentös behandelt werden könnten. 1,5 Millionen Kinder müssen sterben, weil sie als Mädchen geboren wurden. In Indien und China ist die gezielte Abtreibung weiblicher Föten verbreitet. Das geht aus einem Bericht des Kinderhilfswerks



Mach mit bei der SAV

meinsam, in denen Kriecher und Karrieristen die größten Chancen haben, die undemokratisch sind und deren einziges Ziel Macht und Moneten für die Partiefunktionäre sind. Die etablierten Parteien sind nur das Spiegelbild einer undemokratischen, auf Profitstreben ausgerichteten Gesellschaft.

Das Ziel der SAV ist eine Gesellschaft, die in allen Bereichen demokratisch organisiert ist. Das kann nur mit einer Parteilose und Jugendliche für ihre Interessen engagieren und organisieren können. Eine solche Partei baut die SAV auf.

Werde Mitglied in der SAV

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Name, Adresse, Telefon

Was will die SAV ?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand
Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umwelterstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV
Die Sozialistische Alternative (SAV) wurde 1994 um die sozialistische Zeitung Voran gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive Anführerinnen, kritische GewerkschaftlerInnen, JungsozialistInnen, linke SPD und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, daß gewählte Vertreter nicht mehr werden als einen durchschnittlicher Arbeitnehmer. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität
Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen uns gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig. Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiter-Internationale“ zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei
Die Abwahl von Kohl war eine Ermütigung für die Mehrheit der Beschäftigten, Arbeitslosen und Jugendlichen in Deutschland. Aber die Erwartungen der Bevölkerung werden unvermeid-

Wofür wir kämpfen:

- Arbeit für Alle**
 - ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege, Finanzierung mit den MilliardenGewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
 - ★ Verteilung der Arbeit auf Alle
 - ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
 - ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/r und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
 - ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestentgelt) von 2000 DM netto
 - ★ Gleicher Lohn in Ost und West
 - ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmassnahmen der Kohl-Regierung
 - ★ Nein zu Privatisierungen
 - ★ Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen

- Frauen**
 - ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
 - ★ Weg mit dem Paragraph 218
 - ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

- Umweltschutz**
 - ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke
 - ★ Stopp von umweltschädlicher Produktion, Ersatzbeisplätze für die Beschäftigten
 - ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- Bezahlbare Wohnungen**
 - ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
 - ★ Verbot von Maklerstätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Bist Du auch wütend? Wütend darüber, daß im reichen Deutschland 3,2 Millionen Hausfratle in Armut leben, Jugendlichen durch Ausbildungsnotstand und Bildungsabbau die Zukunft verbaut wird und fünf Millionen Menschen sich wegen Arbeitslosigkeit krank langweilen? Wütend, daß 840 Millionen Menschen weltweit an Hunger leiden während wenige Kapitalisten und Bankiers immer fettere Profite machen?

Viele haben Wut im Bauch und bekommen Bauchschmerzen damit. Es reicht nicht, wütend zu sein. Wir müssen uns wehren und gemeinsam was verändern. Allein kann man nicht viel bewegen. Deshalb müssen wir uns organisieren und gemeinsam eine Partei schaffen, in der sich Arbeiter, Arbeitslose und Jugendliche für ihre Interessen engagieren und organisieren können. Eine solche Partei baut die SAV auf.

Spendenfonds

Wess' Brot ich ess' ...

150 „einfuhrreiche Bürger“ hat die Kölner SPD zu einem Abendessen mit ihrem Oberbürgermeister-Kandidaten Klaus Heugel geladen. Teilnahmebeitrag: schlapp 1000 DM. Damit will der SPD-Kandidat seinem Kommunalwahlkampf eine zusätzliche Finanzspritze injizieren. Für die geladenen Gäste (wieweile SozialhilfeempfängerInnen wohl auf der Gästeliste stehen?) eine hervorragende Gelegenheit, ihrem Kandidaten ein paar Vorschläge für seine spätere Politik als Oberbürgermeister mit auf den Weg zu geben.

Auch die SAV wird zu den Kommunalwahlen antreten. Aber wir finanzieren unseren Wahlkampf nicht durch Bonzen-Banketts, sondern durch Spenden von den Menschen, für

Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

Aachen

OG Ost: Dienstags, 19.00 Uhr, „Au Petit Bistro“, Adalbertsteinweg 119
OG Nord: Mittwochs, 19.30 Uhr, Che-Haus, Pomstr. 41
OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Umweil- u. Dritte Welt-Haus, An der Schanz 1
Infos unter Tel. (0241) 508685 im SAV-Büro

Berlin

OG Treppow-Köpenick: Mittwochs 19 Uhr, Selbsthilfenzentrum, Feunstr. 31, S-Bahnhof Schneweide
OG Prenzlberg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonskistr. 18a, S-Bahn Prenzlauer Allee
Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro

Bremen

Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Weichschoß, Hassteder Osterdeich 230.
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

Bremerhaven

- Frankfurt/Main**
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
- Freiburg**
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
- Hamburg**
20. 4.: „Gegen Nationalismus und Rassismus“
4. 5.: „Situation von Arbeitslosen und unser Programm“
jeweils dienstags, 19 Uhr, im GWA St. Pauli, Hamburger Hochstr. 2 (S-Bahn Reeperbahn)
Infos unter Tel. (040) 7662 17 97
- Kassel**
Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachhof, Mombachstr. 12, Infos unter: (0561) 9223522
- Kiel**
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
- Köln**
8. 4.: „Europaweit gegen Arbeitslosigkeit - Tous ensemble“ Mit et-

Aktionen

Die Bundeskonferenz SAV ist der Startschuß für unsere Mobilisierung zur Demo, gegen den EU-Gipfel am 29. N in Köln.

Bei unseren Straßenaktivitäten vor der Demonstration wollen wir die Notwendigkeit von internationalem Widerstand deutlich machen und für die SAV werben. Alle, die wir dabei sprechen, sollten nach einer Spende für die Kampagne fragen werden, weil wir für Druck von Flugblättern und Plakaten Geld brauchen. Zur Mobilisierung und Spendensammlung setzen wir die Unterschriftenliste ein, die für Mitglieder und Ortsgruppen in der Bundeszentrale erhältlich ist.

Mit dieser Kampagne wollen wir auch den Außenverkauf VORAN steigern. Dabei sollen wir immer nach dem Solidaritätsspreis fragen, den viele Unterstützung unserer Arbeit gerne zahlen werden.
Also: Raus auf die Straße ein sozialistisches Europa!

Spendenkonto:

2500 59 430,
Postbank Essen
(BLZ: 360 100 43)

Postbank Essen

- Frankfurt/Main**
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
- Freiburg**
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
- Hamburg**
20. 4.: „Gegen Nationalismus und Rassismus“
4. 5.: „Situation von Arbeitslosen und unser Programm“
jeweils dienstags, 19 Uhr, im GWA St. Pauli, Hamburger Hochstr. 2 (S-Bahn Reeperbahn)
Infos unter Tel. (040) 7662 17 97
- Kassel**
Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachhof, Mombachstr. 12, Infos unter: (0561) 9223522
- Kiel**
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale
- Köln**
8. 4.: „Europaweit gegen Arbeitslosigkeit - Tous ensemble“ Mit et-

PDS nicht bereit zu Politik links von rot-grün

Aachen

Turbulent war die Debatte um ein Wahlbündnis links von Rot-Grün, die am 21. März in den Räumen der griechischen Gemeinde Aachen stattfand. Eine Debatte, in der deutlich wurde, daß mit der PDS Aachen keine Kommunalpolitik links von der Rot-Grünen Stadtratsmehrheit zu machen ist. „Ich habe nichts dagegen, mit Unternehmerstimmen in den Stadtrat zu kommen“, es sind die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die Ausbildungsplätze schaffen und die wir deshalb fördern müssen“. Mit solchen Sätzen machten die Vertreter der Aachener PDS deutlich, wie ein „linkes“ Kommunalprogramm nach Meinung der PDS auszusehen hat.



Die SAV Aachen trifft zu den Kommunalwahlen an. Leider

scherierte ein Bündnis mit der PDS an programmatischem Opportunismus.

Wegen des unaufhaltsamen Rechtsdrucks von SPD und Grünen ist eine linke Alternative zur Verteidigung von Arbeitnehmerinteressen notwendig. Teile der Linken erachtet die Arbeitnehmer als dumm und will leider die steigende Wut und den Haß auf den Einheitsbrei der etablierten Parteien nicht wahrnehmen und glaubt nicht an erfolgreiche Gegenwehr gegen die Politik im Interesse des Kapitals. Die SAV bietet allen, die kämpfen wollen, eine gemeinsame Kandidatur auf einer offenen SAV-Liste an. Die Diskussion darüber wird am 14. April stattfinden.

Georg Lohmeyer, Mitglied im Stadtvorstand der SAV Aachen

SAV/Offene Liste

Bremerhaven



Die SAV auf der Demonstration gegen den Ocean-Park.

Vorschlag. Da die Wahlbeteiligung bei nur 49 Prozent lag, hat selbst die übergroße Koalition aus SPD, CDU, FDP, AfB, DGB (!), IHK und der "Nordsee-Zeitung" trotz einer einmillion DM schweren, einmaligen Propagandakampagne diese Hürde nicht erreicht. Am wenigsten überzeugt waren die Arbeitslosen selbst. Wir haben mit unserem Bündnis Menschen gegen so-

Stuttgart

Veranstaltung machen. Eine Bürgerinitiative gegen „Stuttgart 21“ („Leben in Stuttgart“) hat inzwischen beschlossen, ebenfalls Unterschriften zu sammeln.

Die Kampagne ist für uns ein Mittel, um mit Lohnabhängigen und Jugendlichen darüber zu diskutieren, wie wir gegen die Politik des Gemeinderats aktiv werden und eine Alternative aufbauen können.

Charly und Wolfram

29. Mai: Auf nach Köln!

Am 29. Mai werden zehntausende ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche anlässlich des Regierungsjubiläums der Europäischen Union gegen Massenarbeitslosigkeit, Billiglöbs, Sozialabbau und Nationalismus demonstrieren. Die SAV führt eine Kampagne zur Mobilisierung zu dieser Demonstration durch. Die SAV hat sich zum Ziel gesetzt, mit den SAV-Ortsgruppen 600 Menschen nach Köln zu mobilisieren. Jetzt heißt es für alle Ortsgruppen: raus auf die Straße, vor die Schulen, Hochschulen und Betriebe! Wir haben nur noch acht Wochen Zeit, um unseren Beitrag zu einer machtvollen und kämpferischen Demonstration zu leisten. Auch unsere Schwesterorganisationen in Europa beteiligen sich an der Mobilisierung. Die Sozialistische Gerechtigkeitspartei in Schweden will 150.000 Menschen nach Köln bringen, genauso wie die sozialistische Partei Großbritanniens. Die SOV aus Österreich wird mit einem Bus anreisen. Dazu kommen Delegationen aus Frankreich, den Niederlanden, der Tschechischen Republik, Belgien, Irland und Griechenland. Wir wollen auf der Demonstration einen lautstarken und lebendigen sozialistischen Block bilden und auf die Notwendigkeit des Aufbaus einer neuen ArbeiterInnenfrontale hinweisen. Plakate, Flugblätter und Unterschriftenlisten zur Mobilisierung sind in der Bundeszentrale der SAV zu bestellen.



Verkauft VORAN Zeitung der SAV

Die Besitzer der Banken und Konzerne haben derzeit die Macht im Staate. Die Medien sind Teil ihrer Macht. Mit der VORAN wollen wir Gegenmacht gegen die Zeitungsaren und Medienmogule aufbauen. Die VORAN ist anders ist andere Zeitungen. Sie berichtet nicht aus der Perspektive der Manager und Millionäre sondern aus der Perspektive der Arbeitenden und Arbeitslosen. VORAN ist die Zeitung von und für Arbeiter, von und für Jugendliche. In jeder Ausgabe liefert die VORAN Informationen, Analysen und Argumente für den Klassenkampf, für den Kampf um Löhne und Gehälter, um Arbeits- und Ausbildungsplätze, für Gleichberechtigung, gegen Sozialabbau, gegen Rassismus und Faschismus. In der VORAN werden Forderungen erhoben und Vorschläge gemacht, wie Gegenwehr organisiert werden kann.

Die SAV will die Welt verändern, denn diese Welt mit Kriegen, Ausbeutung und Unterdrückung ist nicht die Welt, die wir wollen. Mit der Zeitung VORAN will die SAV deshalb möglichst vielen Menschen ihre Vorstellung von Sozialismus, der Alternative zum Kapitalismus, vorstellen.

Wir fordern alle SAV-Mitglieder und alle LeserInnen auf, die VORAN zu verkaufen: An Freunde/Freundinnen, KollegInnen, MitschülerInnen, Bekannte. Alle Ortsgruppen sollten bei Aktionen und Veranstaltungen auch Zeitungen verkaufen und regelmäßige Zeitspenden leisten. Bei Redaktionsanschub waren es 166. Damit sind wir ein gutes Stück von unserem Ziel entfernt. Alle KäuferInnen der Zeitung sollten gefragt werden, ob sie die VORAN abonnierten wollen. Außerdem gibt es Abo-Karten, die auch in die Zeitung eingeklebt werden können. Insbesondere sollte jeder gefragt werden, ob er/sie nach der Lektüre über den Inhalt der Zeitung diskutieren möchte, ob er/sie Interesse an der Arbeit und den politischen Ideen der SAV hat und mehr Wissen und/oder mitmachen will.

Abo-Kampagne

Von November bis Ende März wollen wir 400 neue Abonnenten gewinnen. Bei Redaktionsanschub waren es 166. Damit sind wir ein gutes Stück von unserem Ziel entfernt. Alle KäuferInnen der Zeitung sollten gefragt werden, ob sie die VORAN abonnierten wollen. Außerdem gibt es Abo-Karten, die auch in die Zeitung eingeklebt werden können. Insbesondere sollte jeder gefragt werden, ob er/sie nach der Lektüre über den Inhalt der Zeitung diskutieren möchte, ob er/sie Interesse an der Arbeit und den politischen Ideen der SAV hat und mehr Wissen und/oder mitmachen will.

Sommercamp

Vom 8. bis 14. August wird in der Tschechischen Republik ein internationales Sommercamp mit TeilnehmerInnen der österreichischen, tschechischen, russischen und deutschen Sektionen des Komitees für eine ArbeiterInnenfrontale stattfinden. Teilnahmepreis für eine Woche liegt bei

Nein zum Ocean-Park!

Seit vier Jahren kämpft die SAV Bremerhaven gegen das Prestigeprojekt „Ocean Park“, das 1,1 Milliarden DM kosten soll. Die Hälfte davon sollten wir Steuerzahler aufbringen. Wenn es sich rentiert, kassiert ein privater Geschäftsmann den ganzen Profit, wenn es ein Flop wird, dann fällt die Stadt in ein finanzielles schwarzes Loch und das Land Bremen wird wahrscheinlich aufgelöst.

Bei 20 Prozent Dauerarbeitslosigkeit ist die Schaffung von Arbeitsplätzen das Hauptargument der Stadtpolitiker für den Ocean Park. Doch um den Anteil der Stadt von 176 Millionen DM an dem Projekt zu finanzieren, werden viele qualifizierte Arbeitsplätze durch Privatisierung und Kürzungen vernichtet. Lediglich 631 Biliglobs werden (Saisonarbeit, meistens auf 630 DM-Basis) mit einer staatlichen Subvention von 1 Million DM pro Nase geschaffen.

Nachdem die Bürgerinitiative 17.000 Unterschriften gesamt-

SAV gegen Hans-im-Glück-Politik

Stuttgart soll für fünf Milliarden DM einen unterirdischen Bahnhof kriegen („Stuttgart 21“), 2 175 Milliarden DM davon sollen durch den Verkauf von freierwilligen Bahngelände bezahlt werden.

Wenn diese Grundstücksweise nicht erreicht werden, kann die Stadt Stuttgart Schadensersatzpflichtig werden. Da die versprochenen privaten Investoren

Zur Finanzierung soll städtisches Eigentum verkauft werden. Ähnlich wie Hans im Glück im Märchen will die Stadt ihr „Tafelberg“ gegen Grundstücke von zweifelhaftem Wert eintauschen.

Die SAV hat sich am Kampf gegen „Stuttgart 21“ von Anfang an beteiligt. Seit März haben wir das Thema erneut aufgegriffen. Die vergeliche Sache nach Investoren entkräftet die Propaganda, daß das Projekt

Geld kostet, das anderswo fehlen wird. Wir hatten ohnehin vor, „Stuttgart 21“ zu einem der Schwerpunkte unseres Kommunalwahlkampfes zu machen, wo wir im Rahmen eines linken Bündnisses kandidieren wollen. Da der Gemeinderat den Grundstückskauf schon im Mai durchschleudert, müssen wir schnell durchstarten.

Deshalb hat das Kommunalwahlbündnis auf unseren Vorschlag eine gemeinsame Unter-

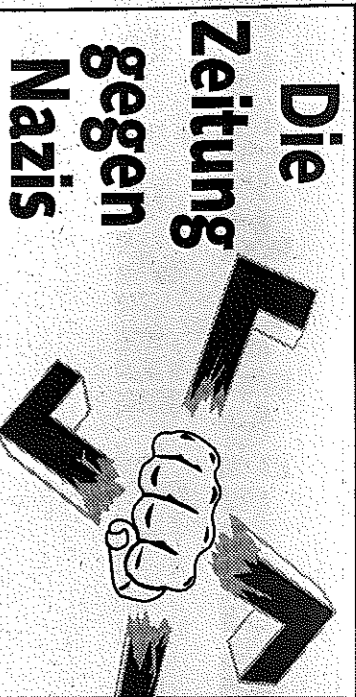
schleudert, müssen wir schnell durchstarten. Deshalb hat das Kommunalwahlbündnis auf unseren Vorschlag eine gemeinsame Unter-

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 204 April 1999

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM



Keinen Fußbreit

den Nazis!

Lanka Pigors sprach mit Jo-
chen Killing: Personalrat am
Zentralkrankenhaus Ost, über
den angekündigten NPD-
Aufmarsch am ersten Mai in
Bremen.

(Angabe der Funktion dient nur
zur Kenntlichmachung der Person)

Voran: Bei Euch im Kran-
kenhaus habt Ihr eine Traditi-
on der Auseinandersetzung
mit Nazis und Nationalsozia-
lismus. Wie sieht das aus?

J.K.: Seit den 70er Jahren ha-
ben wir uns als Gewerkschafter,
als betroffene Kollegen, mit der
Geschichte des Krankenhauses
auseinandergesetzt. Wir haben
heute ein Krankenhausesuse-
um, das zu einem großen Teil
über die Zeit des Nationalso-
zialismus berichtet. Es gibt so-
gar ein Buch zu dem Thema
Krankenhaus Bremen Ost und
die Verfolgung von Patienten.
Patienten sind damals nach Ha-
damar und Misericord im heuti-
gen Polen weggebracht wor-
den, wo sie mit Autoabgasen
behalstisch „euthanasiert“, also
umgebracht worden sind. Be-
troffenen waren psychisch kran-
ke, psychiatrisch veränderte
Leute. Wir haben bei uns noch
viele Kollegen kennengelernt,
die Augenzeugen waren. Heu-
te sind wir eine der fortschrit-
lichsten Psychiatrien in
Deutschland.

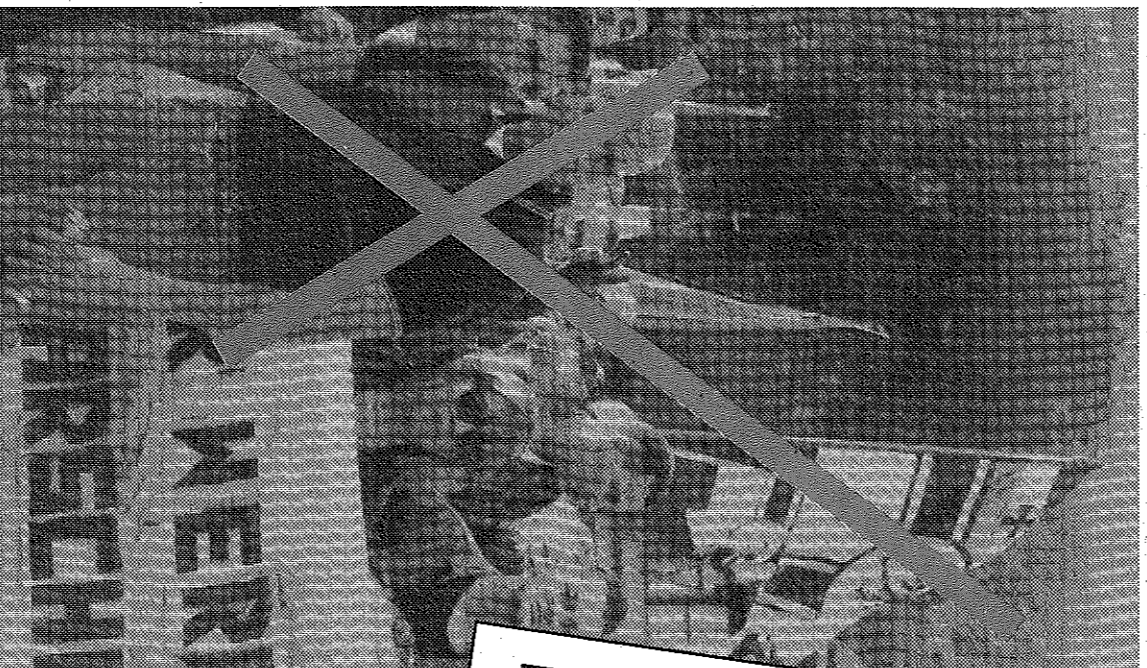
Wir haben uns dann Anfang
der 80er Jahren auch politisch
mit den Fragen auseinander ge-
setzt: Wie gehen wir mit Kolle-
gen um, die rechts sind? Das
war eine Sache, wo wir im Be-
trieb als Personalrat und als
Gewerkschafter klargemacht
haben, daß Kollegen die für
rechts agieren, die Faschisten
und graue Wölfe sind, bei uns
rausfliegen. Wir sind ein sehr
aktives Krankenhaus, und da-
her gehen wir sehr bewußt mit
diesen Sachen um. Wir wollen
nicht, daß sich irgendwelche
Kollegen unwohl fühlen, dar-
um sind wir gegen Mobbing,
gegen Ausländerfeindlichkeit.

Anfang der 90er Jahre gab es
eine andere Sache: Es gab da-
mals in Bremen diese Aktionen
gegen Ausländerfeindlichkeit.
Die Leute standen an der Weser,
und hielten z.B. Feuerzeuge in
die Luft. Diese Bremer Aktion
an der Weser haben damals Kol-
legen vom Krankenhaus Ost mit
organisiert. Das fand ich damals
ganz gut. Aber gleichzeitig gab
es folgende Situation: In einem
Bunker in Sebaldsbrück wur-
den Ausländer aus Sarajevo,
also Kriegsgesopfer, einquartiert.
Das waren 120 Leute, davon
die Hälfte Kinder. Sie wurden
einfach in einen Zweiten

Weltkriegsbunker reinge-
pfercht. Da gab es bei uns im
Krankenhaus Bremen Ost eine
Initiative, der ich damals vor-
gestanden habe. Wir haben die
Bremer Ärzte und Ärztinnen
angefurufen in die Bunker zu
gehen und die Leute zu unter-
suchen. Der Erfolg war, daß
vier Flüchtlinge sofort ins
Krankenhaus eingeliefert wer-
den mußten, weil sie u.a. Tuber-
kulose hätten. Die Leute waren
unter entsetzlichen Bedingun-
gen untergebracht: hinter meter-
dicken Mauern, ohne Licht
usw. Ich glaube, das jüngste
Kind was wir da hatten, war
acht Tage alt und es lag auf
einer Wolldecke auf dem Bun-
ter. Das ganze fand zur Weh-
nachtszeit statt. Wir haben da-
mals auch dafür gesorgt, daß
der Fall in der Presse breit dis-
kutiert wurde. Der Bremer Re-
gierung war das seinerzeit
ziemlich peinlich. Sie hat dann
die Bunkerunterbringung auf-
gelöst. Die Unterbringung heu-
te ist auch keine tolle Alternati-
ve, aber zumindest haben wir
diesen Bunker vor unserer
Nase nicht geduldet.

**Wie haben die Kolleginnen
und Kollegen reagiert, als sie
von der geplanten Nazi-
Demo gehärt haben?**

Wir haben uns über die Akti-
on, die die NPD da angekündigt
hat unglaublich geärgert. Daß
speziell bei uns, direkt vor der
Nase des Betriebes 5-7000 Fa-
schisten demonstrieren wollen,
finden wir unträglich - gera-
de bei der Geschichte, die un-
ser Betrieb hat. Wir werden
uns aktiv an der Vorbereitung
und Durchführung einer anti-
faschistischen Aktion am er-
sten Mai beteiligen. Wir wer-
den dann ganz klar auch da
hingehen, wo es was zu sagen
gibt. Wir bitten um Gewaltfrei-
heit, bei allen Leuten, das ist
klar, aber wir werden nicht aus
dem Weg gehen, wenn die Na-
zis kommen. Ich kann das sa-
gen, und dazu stehe ich auch.
Ich habe das auch schon im
Bereich des Deutschen Ge-
werkschaftsbundes gesagt.
Dort gab es Streit, ob wir auf
dem Marktplatz bleiben sollen,
oder ob wir uns aktiv zu den
Aktionen in Sebaldsbrück ge-
hen sollen. Ich kann für die
Vertrauensleitung der
ATV und für den Personalrat
im Krankenhaus sagen: Wir
werden uns an der Aktion vor
den Toren von Daimler Benz
beteiligen. Wir halten es für
eine ausgesprochene Pflicht,
das zu tun.



Die Betriebsräte von Daimler Chrysler AG und vom
Zentralkrankenhaus Ost treten dafür ein, dem rechten Mob
nicht die Straßen zum überlassen.

Entschiebung der drei Betriebsversammlungen der DaimlerChrysler AG, Werk Bremen

Wir, die Belegschaft der DaimlerChrysler AG, Werk Bre-
men, verwahrt sich mit Nachdruck gegen den geplanten
Nazi-Aufmarsch am 1. Mai 1999 vor den Toren dieses
Wertes. Wir verwahren uns insbesondere auch gegen den
Versuch, die Kolleginnen und Kollegen in „Ausländer“ und
„Deutsche“ zu spalten.

Wir, die Arbeitnehmer dieses Werkes, haben in der Ver-
gangenheit oft genug bewiesen, daß wir - ungeachtet der
Nationalität, der Herkunft oder der Hautfarbe - es nicht
nur verstehen, gemeinsam zu arbeiten, sondern auch un-
sere Interessen durchzusetzen. So ist zum Beispiel die
Leihfortzahlung 1996 von uns erstritten worden, von de-
ren Streichung wir alle betroffenen waren.

Deswegen werden wir gemeinsam am 1. Mai dieser
geplanten Provokation entgegenzutreten. Gleichzeitig for-
dern wir den Innensensator dazu mit aller Dringlichkeit auf,
diesen Aufmarsch ohne Wenn und Aber zu verbieten.

Bremen, 16. März

**Demonstration
gegen den
NPD-Aufmarsch
am 1. Mai in Bremen
voraussichtlich 9 Uhr am
Zentralkrankenhaus Ost,
Sebaldsbrück
Info-Tel.: (04 21) 5 57 68 97**

NPD - braune Antikapitalisten?

Laut Verfassungsschutzbe-
richt stieg die Zahl der organi-
sierten Rechtsextremisten 1998
um elf Prozent. Daß rassisti-
sche Ideen wieder im Aufwind
sind hat auch die Wahl in
Sachsen-Anhalt gezeigt, bei
der die DVU 12,9 Prozent der
Stimmen erhalten hat. Gerade
im Osten Deutschlands wächst
aber eine Partei besonders
schnell: die NPD. Allein die
Jugendorganisation der NPD,
die Jungen Nationaldemokra-
ten (JN) wuchs 1997 um 75
Prozent.

Die NPD bildet den rechten
Rand der legalen Parteien. Sie
ist ein Sammelbecken für Fa-
schisten und Nationalisten aller
Art, vom Alt- bis zum Neonazi.
Der Erfolg der rassistischen
Parteien liegt zum einen an der
rassistischen Grundstimmung,
die von der alten aber auch der
neuen Regierung und den Medi-
en geschürt wurde und wird.
Zum andern hat die NPD jedoch
auch soziale und antikapitalisti-
sche Forderungen in ihrem Pro-
gramm. Die NPD erhält beson-
ders in Gegenden mit hoher Ar-
beitslosigkeit mit Forderungen
wie „Jeder Deutsche hat das
Recht auf Arbeit“ (NPD-Partei-
programm) Zulauf.

Trotz des radikalen Märkel-
chens kann die NPD jedoch kei-
ne Alternative aufzeigen. Die
NPD bekennt sich zu einem
„freien und sozialverpflichteten
Unternehmertum“ (NPD-Partei-

programm), von Antika-
pitalismus kann also nicht die
Rede sein. Laut NPD sind
Beseitigung von Auswärtigen
auch alle Probleme b
Es wird der Eindruck
daß die „Rückführ-
Ausländer“ (Aufwurf der
die sozialen Probleme
mentanen wirtschaftliche
stems lösen würde.
Dies führt zu einer \$
der Opfer der sozialen
nisse. Anstatt diese ge-
zu verhindern, prägen z
blendete Arbeitslose au
deutsche ein. Eine solch
tung (damals zwischen
schen und Juden) hat sch
mal in die totale Kata
geführt.

Die NPD und Neonazi
wachsen und werden z
zunehmenden sozialen
men ohne eine klare A
ve von links weiter v
Die Zahl der Übergriff
Ausländerinnen, Link
derte und andere Rand
wird weiter ansteigen. I
zige Möglichkeit die
wicklung zu stoppen,
Faschisten keinen Fuß
den Straßen und in de
en zu überlassen. Auf
che Organe wie Politi
Gerichte ist dabei kein
Es ist notwendig, sich
antifaschistisch zu orga
und aktiv zu werden.
Vormarsch der Nazis z
pen.